Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1920

252 (29.10.1920)

Visual Library

No. 252 Karlsruhe, Freitag den 29. Oktober 1920 40. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M einschl. 80 ₰ Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M; durch die Post bezogen 4.80 M, ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelexempl. 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Lutzenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelzeile 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß ½9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

An die Partei!

Der Parteitag in Kassel hat im Dienste des werktätigen Volkes sachliche Arbeit geleistet. Seine Verhandlungen waren ein Beweis für die ruhig wachsende Kraft unserer Partei, die allen Stürmen standgehalten hat und der nichts anzuhaben vermochte, weder die Verfolgung, die sie im kaiserlichen Deutschland erduldete, noch die Verwilderung und Verwirrung, der jetzt gewisse Teile der Arbeiterbewegung anheimgefallen sind. Am Ende einer Periode beispielloser Erschütterungen steht unsere Partei stärker und gefestigter da, als sie es jemals gewesen ist, sie mustert in ihrer Organisation

eine und eine Viertel Million erprobter Kämpfer

und Kämpferinnen. In einer Zeit, in der für so viele nur das Heute und das Ich gilt, opfern diese Männer und Frauen, ungeachtet der eigenen persönlichen Bedrängnis, für die Allgemeinheit und arbeiten sie für die Zukunft. Ihr fester Zusammenhalt bietet uns die Gewähr, daß weder die Sache des deutschen arbeitenden Volkes in der Welt, noch die Sache des Sozialismus in Deutschland verloren ist.

Als Ausdruck dieser Kraft erschien der Parteitag von Kassel. Er hat für die auswärtige Politik der Partei, für ihre Wirtschaftspolitik, besonders auch für ihre Agrarpolitik, wichtige Richtlinien aufgestellt. Er hat für die Wohnungspolitik wertvolle Anregungen gegeben und eine Kommission zur Erneuerung unseres Parteiprogramms bestellt, die ihre Arbeiten bereits aufgenommen hat. In keinem Punkte hat er die Grundätze des wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben, sondern es konnte sich für ihn nur darum handeln, sie schärfer herauszuarbeiten und alte Erkenntnisse mit den Erfahrungen der neuen Zeit in Einklang zu bringen.

Die Partei bleibt treu der Politik des Weltfriedens und der brüderlichen Zusammenarbeit des internationalen Proletariats. Sie bleibt treu der Erkenntnis, daß nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, nur die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in eine sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion dem arbeitenden Volke

Befreiung aus den Fesseln der Not

und der Menschheit eine neue Blüte der Kultur bringen kann. Sie bleibt nicht minder treu ihrer hohen Auffassung von dem Recht der Persönlichkeit, das niemals durch Unterdrückung der staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung eingeengt werden darf.

Die demokratische Republik vor allen reaktionären Anschlägen zu schützen — mögen sie auch in scheinrevolutionärer Verkleidung auftreten — und auf ihrem Boden für den Sieg sozialistischer Grundsätze zu wirken, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Wir rufen die Genossen im Lande auf, uns behilflich zu sein, um alle

reaktionären Verschwörungen gegen die Republik

aufzudecken und im Keime unschädlich zu machen. Helft uns, das letzte reaktionäre Waffennest auszunehmen! Seid wachsam!

Wir wollen aber nicht nur Errungenes bewahren, sondern mit seiner Hilfe für unsere Ziele weiterkämpfen. Die Regierung hat einen Entwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues angekündigt, aber die Art ihrer Zusammensetzung rechtfertigt die stärksten Zweifel, ob es ihr mit ihrer Ankündigung ernst ist und ob sie die Kraft und den Willen finden wird, ihr Versprechen durchzuführen. Die Vergesellschaftung der Bodenschätze liefert die Grundlage für den Aufbau einer künftigen sozialistischen Wirtschaft, darum ist der Kampf um die Sozialisierung des Bergbaues von entscheidender Bedeutung. In den sozialen Kämpfen der Gegenwart nimmt er eine ähnliche überragende Stellung ein wie einst der Wahlrechtskampf in den politischen Kämpfen der Vergangenheit.

Unsere Aufgabe wird es sein, durch den

Druck der öffentlichen Meinung

den Widerstand der Grubenherren und des ganzen mit ihm verbündeten Privatkapitals zu brechen. Das wird keine leichte Arbeit sein! Genossen, haltet Euch bereit!

Ein harter Winter steht vor uns, dessen unvermeidlichen Nöte durch die falsche Ernährungs- und Wirtschaftspolitik der Regierung noch verschärft werden. Er wird schwere Kämpfe bringen, aber unsere Partei wird auch sie siegreich bestehen, wenn unsere Genossinnen und Genossen im Lande mit derselben Hingabe wie bisher dahin wirken, sie stark und groß zu machen, auf daß sie allen Feinden trotzen kann. Niemand ist verloren, der sich nicht selber aufgibt! Das arbeitende Volk Deutschlands kann und will sich nicht aufgeben, es kann aber auch seine Ziele nicht erreichen im Anschluß an Gruppen und Sekten, die sich immer wieder spalten und untereinander wütend befehden. Darum schare es sich fest um die alten Banner der Demokratie und des Sozialismus!

Vorwärts! Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 26. Oktober 1920.

Der Parteivorstand

Bartels, Adolf Braun, R. Fischer, Frank, Heinrich, Hildenbrand, Marie Juchacz, Krüger, Molkenbuhr, Hermann Müller, Pfannkuch, Ritter, Elfriede Ryneck, Heinrich Schulz, Stampfer, Stelling, Wels.

*

Alle Postsendungen sind zu richten an Wilhelm Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Geldsendungen unter Postscheckkonto Nummer 7918 an Fr. Bartels, Berlin NW. 7.

Deutschland zahlt

Berlin, 28. Okt. (Privattelegramm.) Die deutsche Regierung übergab laut einer Pariser Nachricht der Wiedergutmachungskommission einen Gutschein auf 20 Milliarden Goldmark und einen anderen über 40 Milliarden Goldmark. Der auf 20 Milliarden lautende Schein ist am 1. Mai 1921 zahlbar, der auf 40 Milliarden lautende wird von 1921—1926 mit 2½ Proz. verzinst. Sobald sich die Wiederherstellungskommission über die Ansprüche der einzelnen Regierungen klar sein wird, wird sie die deutsche Regierung auffordern, die beiden Gutscheine in kleinere Abschnitte zu zerlegen und ihr die auf kleinere Beträge lautenden neuen Scheine auszuhändigen. Bemerkt sei, so schreibt die Neue Berliner Zeitung, daß der erste Schein von 20 Milliarden durch Lieferungen Deutschlands an die Alliierten bereits völlig bezahlt sein soll.

Die Sachverständigen-Konferenz in Brüssel

Berlin, 28. Okt. (Privattelegramm.) Der Brüsseler Soir meldet: Die deutschen Sachverständigen werden mit den Alliierten am 14. November in Brüssel zusammenkommen. Die Feststellungsakte sollen bis 25. November abgeschlossen werden.

Sie rufen die bürgerlichen Gerichte an

Berlin, 29. Okt. (Privattel.) Laut „Berl. Lok.-Anz." haben in dem Streit der U.S.P.D. um die Parteikasse die Neukommunisten die bürgerlichen Gerichte angerufen. Das Landgericht 1 in Berlin wird sich heute mit der Frage beschäftigen, wem das Verfügungsrecht über die Parteiinstitutionen und Parteigelder der U.S.P. zusteht.

Revolution in Bolivia

WTB. **Buenos-Aires**, 28. Okt. Reuter. Nach einer hier eingetroffenen Meldung ist der Versuch einer Revolution in Bolivien schnell unterdrückt worden. 27 Rädelsführer wurden hingerichtet.

Die Gährung in Rußland?

Berlin, 28. Okt. (Privattelegramm.) Die Revolutionsnachrichten aus Rußland häufen sich in auffälliger Weise. Die neuesten Nachrichten betonen, daß die Regierung mit einem bisher unbekannten Terror die Bewegung im Lande zu unterdrücken sucht. In Moskau wird laut einer Kopenhagener Meldung der B. Z. der Belagerungszustand außerordentlich streng gehandhabt. Auch aus Petersburg kommen neue Meldungen über ernsthafte Unruhen, die sogar soweit gehen, daß sie den Sturz der Räteregierung als sehr nahe bevorstehend bezeichnen. Wenn man diesen Nachrichten auch nur teilweisen Glauben schenken darf, so zeigen sie in ihrer Gesamtheit doch, daß die Räteregierung sich in einer sehr bedenklichen Lage, wie vielleicht niemals zuvor, befindet.

WTB. **Kopenhagen**, 28. Okt. Nach einer Meldung der Berlingske Tidende beklagt sich ein von dem Sekretär des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei veröffentlichter Artikel der „Pravda" darüber, daß die Parteidisziplin nur noch durch Zwang aufrechterhalten werde und selbst bei alten Kommunisten der Proletariergeist immer mehr verschwinde. Auf die Dauer widersetzten sich immer mehr die Bolschewisten, seitdem sie die Güter unter sich verteilt hätten. Die bolschewistischen Zeitungen machen kein Hehl daraus, daß die Bewegung gegen die Sowjetherrschaft sehr ernste Formen angenommen habe.

Kleine Nachrichten

Rostock, 28. Okt. Nach der „Mecklenburger Warte" hat das Schöffengericht in Ribnitz den früheren Sattlerlehrling, jetzt Arbeitslosen Schmidt zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, weil er in einer Versammlung der Deutsch-Nationalen Partei am 27. Mai 1920 in Ribnitz den Redner, Reichstagsabgeordneten Gräfe, mit Gläsern und Flaschen beworfen und nicht unerheblich verletzt hatte. Schmidt ist wegen Diebstahls vorbestraft, 18 Jahre alt und nach seiner Angabe Mitglied der U.S.P.

Malmö, 28. Okt. Der letzte Transport von Kriegskindern geht am 4. Nov. von Trelleberg ab. Der Transport umfaßt 593 Kinder, die in Stockholm und anderen Orten Mittelschwedens untergebracht waren.

Resignation

Berlin, 27. Oktober.

G. Sch. Der Reichstag hörte heute eine Kanzlerrede zum Etat. Am Rednerpult stand ein Mann, der offenbar körperlich müde und seelisch beinahe gebrochen war: Herrn Fehrenbach. Gewiß: die Lage Deutschlands nach außen und innen ist eine furchtbare und Herr Fehrenbach hatte Recht, wenn er sagte: „Wir sind militärisch gebrochen, politisch stillgelegt, und wir ringen wirtschaftlich um unser Leben." Aber wenn wir alle und jede Hoffnung aufgeben, so wie es, seinen Worten nach, der Reichskanzler getan hat, dann sind wir auch verloren. Wir dachten, als der körperlich und seelisch müde Landsmann in tötender Monotonie am Rednerpult die wohlstilisierten Sätze herunterlas, an den Casseier Parteitag, als Hermann Müller, Fehrenbachs Vorgänger im Amte, die Schlußrede hielt. Auch dort der Mut, den furchtbaren Tatsachen klar entgegen zu sehen, auch dort kein Beschönigen unsrer Lage und trotzdem: Vertrauen auf die Zukunft, Vertrauen in die werktätigen Volksmassen. Von alledem war bei Herrn Fehrenbach nichts zu spüren, nur wenige Sätze hörte man, deren Inhalt zu dem sonst so temperamentvollen Sohne aus Deutschlands Südwestecke nicht paßten. Und dann — Banalitäten. Wir bedauern, das sagen zu müssen, denn wir wissen, daß Herr Fehrenbach ein schweres persönliches Opfer gebracht hat, als er sich drängen ließ, das Kanzleramt zu übernehmen. Wenn er aber behauptet, es gibt in Deutschland keinen Militarismus mehr, wenn er die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues mit den Worten streift, wir werden die Vorschläge hören und dann das Beste daraus entnehmen, so sind das Banalitäten. Wir sind arm geworden, ärmer denn je. Nicht nur materiell, nicht nur politisch, wir sind mit einer Regierung im Reiche behaftet, die zu dem armseligsten gehört, das man sich denken kann.

Die Armseligkeit dieser Regierung ist so offenbar, daß Kommunisten gar keine Zwischenrufe machten, als ihnen Herr Fehrenbach den Kampf ankündete, als er erklärte, wer nach den Methoden Moskaus in Deutschland Politik zu treiben gedenke, stelle sich dadurch außerhalb des geltenden Rechts. Es klang mehr klagend, denn als Kampfansage. Und die Kommunisten fühlten das, sie haben, genau so wie die Reaktionäre, Witterung für Machtverhältnisse. Daß die heutige Regierung keine Macht darstellt, daß sie erfolgreich weder den Kampf nach der äußersten Linken noch nach der äußersten Rechten aufnehmen kann, darüber braucht nicht mehr debattiert zu werden. Und darum waren die Kommunisten auch so still, sie wissen, ihre wirklichen Gegner sitzen nicht in Regierungssesseln. Herr Fehrenbach machte einen schüchternen Versuch, die Wirtschaftspolitik der heutigen Regierung wenigstens zu beschönigen. Kein Mensch, wenigstens kein denkender Mensch, hat von der Regierung verlangt oder erwartet, daß sie in wenigen Monaten all den Schwierigkeiten und Gefahren Herr zu werden vermöge, die das deutsche Wirtschaftsleben umdräuen. Aber daß sie durch eigene Schuld die Situation noch verschlechtert, daß sie durch Direktionslosigkeit und zum Teil auch durch Unfähigkeit neue Gefahren heraufbeschworen hat, das wenigstens war nicht zu erwarten. Und mag Herr Fehrenbach seine ganze Seele in den väterlich-mahnenden Ton hinein legen, mit dem er vor dem Reichstag Eindruck zu machen glaubte, die Geßler und Hermes, die Raumer und andere, diese Schädlinge der Gegenwart, werden dadurch nicht entschuldigt. Herr Fehrenbach scheint die großen Gefahren zu ahnen oder zu kennen, die der kommende Winter uns bringen wird. Aber auch nicht ein Satz seiner Rede ließ auf den Mut und auf die Tatkraft schließen, die notwendig sind, um der größten Gefahren Herr zu werden. Der ungeheuerliche Wucher, der die Massen aufreizt und aufpeitscht, er wird nicht dadurch gemildert oder gar beseitigt, wenn der Herr Kanzler müde und resigniert im Reichstage vom Teufelsgeld spricht, das aus den Wuchergewinnen stammt. Diese Redensart wird in einer Versammlung im Schutterwald vielleicht Eindruck machen, nicht aber aus dem Munde des verantwortlichen Staatsmannes im Deutschen Reichstage. Das beste, was der Kanzler sagte, war seine Kritik am Friedensvertrage und seine an die Entente gerichtete Mahnung zur Mäßigung in ihren Forderungen wie in ihrer Politik. Wenn wir auch mit dem Kanzler darin einig sind, daß Deutschland in seiner heutigen Lage keine großen Töne anschlagen soll und anschlagen kann, so hätten wir doch gewünscht, daß der Kanzler mehr Festigkeit im Tone und mehr Schärfe im Inhalt geboten hätte. Gewiß, die Entente wird sich auch durch scharfe Kanzlerreden nicht beeinflussen lassen, aber warum man klagend und nicht anklagend schließlich leiden oder gar sterben soll, das vermögen wir nicht einzusehen. Nur wer alle Hoffnung verloren hat, wer weder sich selbst, noch den Kräften im Volke mehr vertraut, nur wer körperlich und seelisch niedergebrochen ist, konnte sprechen, wie heute Herr Fehrenbach. Der Mann tut uns aufrichtig leid, denn er hat ein besseres Schicksal verdient, aber weit mehr bedauern wir das deutsche Volk. Es hat auch heute noch viel Unglück und es ist bitter arm geworden. Herr Fehrenbach hat uns heute das bewiesen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Lage in Palästina

Man schreibt uns: Am Sonntag findet in Karlsruhe ein Bezirkstag der badischen Zionisten statt. Die Tagung gewinnt für die Freunde der zionistischen Bewegung besonderes Interesse dadurch, daß zurzeit von den Juden der ganzen Welt besondere Anstrengungen zur Durchführung der durch den türkischen Friedensvertrag politisch gesicherten Besiedlung Palästinas durch Juden unternommen werden. Die nunmehr erreichte Möglichkeit einer Wiederherstellung des jüdischen Volkstums im alten Stammlande, gemeinsam mit der völlig unerträglich gewordenen Lage der Juden in den Ländern Osteuropas, geben der Bewegung zurzeit einen besonderen Impuls. Es läßt sich nicht leugnen, daß der praktischen Durchführung einer großen Siedlung noch mancherlei wirtschaftliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Wie die Erschließung aller Kolonialländer oder heruntergewirtschafteter alten Kulturländer, erfordert auch die Neuerschließung Palästinas erhebliche Mittel. Zur Beschaffung dieser Mittel kommen zurzeit vor allem folgende drei Wege in Betracht: Erstens eine Anleihe, die das durch den Völkerbund errichtete, von England als Mandatarmacht durch seinen Oberkommissar Sir Herbert Samuel verwaltete palästinensische Gemeinwesen aufzunehmen im Begriffe ist, zweitens der von den Juden der ganzen Welt aufzubringende Grundfonds, und endlich Interessenahme privaten Kapitals namentlich für industrielle Unternehmungen, wofür im Lande vielerlei Vorbedingungen vorhanden sind.

Die Einwanderung nach Palästina hat, nachdem sie am 1. August freigegeben worden ist, bereits stark eingesetzt, so stark, daß sie sogar die im ersten Augenblick vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten überschritten hat, eine bekannte Erscheinung in der Kolonialgeschichte, die bei den nunmehr einsetzenden großen Vorbereitungen bald überwunden sein dürfte. Dies umso mehr, als die von allen Seiten gerühmte Verwaltungstätigkeit Herbert Samuels es verstanden hat, alsbald eine Sphäre der Beruhigung und Versöhnnug zwischen allen im Lande befindlichen Elementen zu schaffen. Es ist ihm in bemerkenswerter Weise gelungen, die jüdische und arabische Bevölkerung des Landes mit einander zu versöhnen, nachdem eine Periode lebhafter Erregung vorangegangen war. Auch die Zurückhaltung der katholischen Bevölkerung hat ihr Ende gefunden, seitdem der Parteitag von Jerusalem nach einer Rücksprache mit Samuel und einer Reise nach Rom einen Hirtenbrief erlassen hat, der sich überaus versöhnlich gegenüber der jüdischen Einwanderung ausspricht. Als Zeichen der Versöhnungstendenzen Sir Herberts muß es ferner bezeichnet werden, daß die im Lande angesiedelten Palästinadeutschen, die während des Krieges in Aegypten interniert waren, die Erlaubnis erhalten haben, nach Palästina zurückzukehren, ebenso wie die früher in Jerusalem ansässigen deutschen Benediktiner.

Deutschnationaler Pogromtag

In der Schlußsitzung des Deutschnationalen Parteitages in Hannover hörte man nach den „Enthüllungen" des Vorsitzenden Hergt über die Präsidentenwahl das Referat eines Dr. Ritter (M. d. Pr. L.) über „Das Volkstum und die deutsche Zukunft". Dieser führte die Niederlage Deutschlands im Weltkrieg darauf zurück, daß die deutsche Arbeiterschaft längst „völlig der undeutschen Ideologie des Marxismus" verfallen sei, die man nicht verstanden habe zu überwinden, „weil auf der Seite der Industrie eine genau so undeutsche Ideologie des Kapitalismus (Stinnes? Donnersmarck? Krupp, Hugenberg?) gestanden habe. Was die Deutsche Volkspartei an nationalem Geist habe, sei besser bei den Deutschnationalen aufgehoben und die Deutsche Volkspartei sei daher vollkommen überflüssig geworden. Das Preußentum sei das politische Gewissen Deutschlands. Warum lassen wir uns jüdische Literatur, Kunst und Theater aufdrängen und damit die deutsche Kunst ersticken?

Als nächster Redner sprach Reichstagsabgeordneter Lambach vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverein über „Unser Weg zur deutschen Volksgemeinschaft". Die Kluft zwischen Arbeitern und Unternehmern sei erst durch den undeutschen Marxismus unüberbrückbar geworden. Wenn nicht Marx mit seinem undeutschen, jüdischen Geist dagewesen wäre, dann würde das Drängen (nach Sozialisierung) zu einer germanischen (,!) Aufwärtsbewegung geführt haben. Der Redner wendet sich gegen Rathenau, der ein ausgeflügeltes System schaffen wolle, durch das das noch reine deutsche Wirtschaftsleben am Niederrhein (Aha!) auch den Juden in Berlin ausgeliefert würde. Im Marxismus liegt die Verelendung. Wir führen die Arbeiter auf den Weg zum Aufstieg. In der organisierten Produktionsgemeinschaft werden wir auch zur Verwirklichung der Arbeitssolidarität kommen und damit die Sklavenketten von Versailles brechen. Das ist unsere deutsch-nationale Sozialpolitik. (!) Der Kampf muß auf der ganzen Linie aufgenommen werden gegen die Hetze für Sozialisierung. (Stürmischer Beifall.)

Dieser Kampf wird uns sicher zum Siege unter der schwarz-weiß-roten Fahne führen, zum Siege mit dem Kaisertum, mit dem Kyffhäusertraum. (Stürmischer Beifall.) In der Diskussion wurde wacker auf die Juden losgeschlagen. Vor allem der Abg. Wulle, mit stürmischen Heilrufen empfangen, erklärte, es müsse rubig das Wort „Judentum" in den Mund genommen werden. Der Fall Löwenstein habe dem Blindesten die Augen öffnen müssen. Das internationale Judentum werde unser Volk erwürgen, wie es das russische erwürgt habe. Wir bekennen uns geschlossen zum völkischen Gedanken. Ein Direktor Winkler-Oesnitz, der den jüdischen Geist am besten durch das Alte Testament bekämpfen will, und der es wagte, zu verlangen, daß der völlige Dummheitskampf der Rassenfrage gegen das alte Testament aufhöre, mußte unter Schlußrufen abtreten. Ein Kaufmann Siegershaus-Elberfeld erklärte, die Duldsamkeit gegen die Juden könne den Todeskeim in die neue Volksgemeinschaft tragen. Es freue uns, daß ein Hohenzoller, Prinz Heinrich, den Ausspruch getan hat: Soll Siegfried siegen, muß Juda untergehen. (Stürmischer Beifall.) Studienrat Dr. Anders-Friedenau verlangt den Rücktritt Hänischs von seinem Ministerstuhl. (Zuruf: Alle müssen weg!) Es ist nötig, daß das alte Testament verschwinde. Wir brauchen eine deutsche Bibel. (Stürmischer Beifall.) Graf Kanitz-Podangen erklärt: Der Landtagsfraktion gebühre Dank, daß sie dauernd gegen den sogenannten Landwirtschaftsminister Braun den Kampf geführt habe. Dr. Knöchel-Charlottenburg: Die Parteileitung muß Sorge tragen, daß der jüdische Geist verschwinde. Der dritte Parteitag muß die Rassenfragen scharf umgrenzen. Otto-München lädt den nächsten Parteitag unter stürmischem Beifall nach dem Süden Deutschlands ein. (Und wir dachten, daß gerade das Preußentum — siehe oben — das politische Gewissen Deutschlands sei?) Ein Redner aus Goslar wendet sich an die Parteileitung mit den Worten: Wer vom Juden ißt, stirbt daran. Wir verlangen, daß die Parteileitung es ablehnt, auch im guten Sinne gemeinte Gelder aus jüdischen Händen anzunehmen. (Stürmischer Beifall.) Parteivorsitzender Hergt erklärt, daß er noch niemals Geld aus jüdischen Händen angenommen habe. (Die deutschnationale Abneigung gegen das Alte Testament erscheint uns sehr gerechtfertigt, denn darin steht ja das ominöse Gebot „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden . .") Ein Antrag der Ortsgruppe Neukölln, der verlangt, daß Juden nicht in die Partei gehören, und jüdisch Versippte ein Parteiamt nicht bekleiden dürfen, ist zurückgezogen. (Zuruf: Leider! Hergt hebt in der Schlußrede hervor, daß der Parteitag die Geschlossenheit in seinen (soll wohl heißen: pogromlüsternen?) Anschauungen bekundet habe. Der frühere Kriegsminister Wild v. Hohenborn sprach der Parteileitung den Dank für ihre umsichtige Tätigkeit aus und unter dem Gesang: „Deutschland, Deutschland über alles!" ging der Pogromtag auseinander.

Sie lassen Wilhelm grüßen

Der Geburtstag der ehemaligen Kaiserin hat männlichen und weiblichen Backfischen reichliche Gelegenheit zu Tränenergüssen und läppischen Demonstrationen gegeben. Eine besondere Kundgebung dieser Art leistete sich die Hauptversammlung der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, deren Vizepräsident der ehemalige Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser, in seiner Eröffnungsansprache folgendes ausführte:

„Wir können die Vergangenheit nicht zurückrufen, aber niemand kann uns hindern, das zu tun, was uns Pflicht und Dankbarkeit gebietet: einen stillen und tiefempfundenen Gruß dem letzten Schirmherrn unserer Gesellschaft in die Verbannung zu senden (die Versammlung hat sich erhoben), unter dessen mächtiger Hand wir geschützt und gefördert worden sind. (Lebhafter Beifall.) Wir gedenken auch an ihrem heutigen Geburtstage Ihrer Majestät der Kaiserin und erinnern uns, was diese hohe und makellose Frau für die Kranken und Verwundeten getan hat. Millionen deutscher Herzen senden am heutigen Tage ihre Wünsche zum Throne des Allmächtigen. (Stürmischer Beifall.)"

Die Junker haben freilich alle Ursache, S. M. nachzutrauern. Denn so unvollkommen und verbesserungsbedürftig auch die deutsche Republik noch ist, — mit vielem alten Schutt junkerlicher Herrlichkeit hat sie doch gründlich aufgeräumt.

„Parteibonzen-Wirtschaft"

Man schreibt uns:

Nachdem die fortdauernden Angriffe der reaktionären Presse auf die badische Regierung wegen der Ernennung des sich zur Sozialdemokratie bekennenden Kriegsgerichtsrats Volley zum Ministerialrat im Justizministerium nicht zum Ziele geführt haben, d. h. diese Angriffe der Regierung keine Veranlassung gaben, von ihrer Stellungnahme bei der Berufung führender Beamten in den Ministerien abzugehen, versuchen es die Soldschreiber der Reaktion mit dem persönlichen Herunterreißen der in der führenden Politik Badens tätigen Männer. — In Nr. 249 der „Badischen Post" wird gegen Herrn Staatsrat Marum ein bisher in der badischen Presse beispielloser Angriff unternommen, der an niedriger Gesinnungsart kaum noch zu übertrumpfen ist. In dem Artikel wird nicht nur von durchaus falschen Voraussetzungen ausgegangen sondern auch eine Sachdarstellung gegeben, die mit den tatsächlichen Verhältnissen und Vorgängen im schreiendsten Widerspruch steht. Die arbeitenden Stände des Volkes haben im neuen Staat Anspruch darauf, daß Männer aus ihren Kreisen sich in Beamtenstellungen befinden, denn einer der schwersten und auch der berechtigsten Vorwürfe gegen die Staatsbürokratie war ja bisher gewesen, daß diese den Bedürfnissen der arbeitenden Stände gegenüber sich sehr weltfremd verhielt.

Es ist nun nicht so, daß prüfungs- und kritiklos in einigen Fällen Vertrauensleute der organisierten Arbeiterschaft in entsprechende Staatsstellungen gebracht wurden. Schon vor dem Krieg gab es wegen der Befriedigung dieses Bedürfnisses eingehende Auseinandersetzungen. Die Beamten der Verwaltungsbehörde haben sich im großen und ganzen, nachdem naturgemäß diese Frage in Fluß kommen mußte, weil sie überreif war, mit ihrer Entwicklung abgefunden, wie andererseits die Führer der Koalitionsparteien dem hier anfallenden Bedürfnis mit Maß und Ziel Rechnung trugen. Berechtigte Interessen der alten und bewährten Beamtenschaft sollten nicht verletzt werden und wurden auch nach Möglichkeit geachtet.

Die Justizbeamten des Landes hingegen wollen sich in diese neue Ordnung der Dinge nicht fügen. Mit geradezu unglaublicher Zähigkeit, die bei der Verfolgung wichtiger Interessen des Volkes oft sehr am Platze wäre, wehrt sich eine wenn auch kleine Anzahl richterlicher Beamter gegen das Hereinnehmen bisher im Justizdienst nicht tätiger Beamter. Der Fall Volley gab denselben Veranlassung zu den ungehörigsten Angriffen gegen die in der Regierung vorhandenen sozialdemokratischen Mitglieder und gegen die Regierung im allgemeinen. Nachdem aber dieses Kesseltreiben nicht wie im Falle Klotz dazu führte, daß der Kriegsgerichtsrat Volley fahnenflüchtig wurde, werden nun einzelne Männer der Regierung aufs Korn genommen mit der ausgesprochenen Absicht, diesen die Mitarbeit in der Regierung zu verekeln. Herr Staatsrat Marum, den man, weil er Jurist ist, für den Hauptschuldigen an der Entwicklung in der Beamtenpolitik hält, wird in der ungeheuersten Weise bezichtigt, mit unlauteren Motiven und in unehrenhafter Weise seinen Einfluß in der Regierung und im Landtag zum Nachteil der vorhandenen Beamten der Justiz geltend zu machen. Es wird dazu behauptet, daß Herr Marum Staatsrat im Justizministerium sei, dort bei der Ernennung der Beamten mitwirke, Einsicht in alle Personalakten habe und weil er in seinem Hauptberuf Rechtsanwalt ist, seine so gewonnenen Kenntnisse über Personen und Sachen zugunsten seiner Klienten ausbeute. Es wird ihm weiter nachgesagt, daß er sich in Ausübung seines Berufes als Rechtsanwalt früher einmal eine unstatthafte Handlung habe zuschulden kommen lassen, weswegen er ehrengerichtlich bestraft worden sei. Gerade aus diesem Grunde müsse ihm das Recht abgesprochen werden, als Vertreter des Volkes in sachlicher Unparteilichkeit in der Regierung walten zu können.

Man wird es dem Justizministerium anheimstellen müssen, der „Badischen Post" klar zu machen, in welcher Weise sie ihre Leser hinsichtlich des Einflusses des Herrn Marum auf den Gang der Geschäfte im Justizministerium angeschwindelt hat. Die Staatsräte in der badischen Regierung werden bekanntlich nur zu den Kollegialsitzungen der Regierung zugezogen. Diese Einrichtung wurde beibehalten, weil die Einrichtung der Koalitionsparteien des Landes Wert darauf legten, in der noch vorhandenen politisch unruhigen Zeit einen engen Konnex zwischen der Regierung und dem Landtag aufrecht zu erhalten. Es ist als ganz selbstverständlich anzusehen, daß jeder Staatsrat bei der Beratung in der Regierung nur insoweit mitwirkt, als er persönlich als unbeteiligt anzusehen ist. Wenn also der Rechtsanwalt Marum gegenüber der Staatsverwaltung oder dem Fiskus einen Klienten vertritt und ein derartiger Fall schließlich das Kabinett beschäftigt, dann enthält sich der Staatsrat Marum der Mitberatung. Im übrigen weiß Schreiber dieses aus eigener Wahrnehmung, daß, um Komplikationen zu vermeiden, der Herr Rechtsanwalt Marum in einer ganzen Anzahl von Fällen die Vertretung von Prozessen gegen die Staatsverwaltung ablehnte; er opferte in diesen Fällen also Beruf und Einkommen seinem Ehrenamt. Aber abgesehen davon, ist Herrn Marum keine Gelegenheit geboten, innerhalb der Ministerien bei den Beratungen mitzuwirken. Daß er im persönlichen Verkehr mit Mitgliedern der Regierung seine Meinung zu akuten Fragen äußert, ist selbstverständlich, wie das vielen anderen im öffentlichen politischen Leben stehenden Menschen auch möglich ist.

Im übrigen zeigt auch dieser neueste Angriff nur, in welch hohem Maße die verhaltene Wut der deutschnationalen Kreise des badischen Volkes vorhanden ist. Die ehemals führenden Männer des alten Obrigkeitsstaates und die diesen nahe stehen-

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff

(Fortsetzung.)

8.

— Und der Graf, gerührt von solches
Hohen Opfers hohem Geiste
Bei der Freude süßer Regung,
Kann der Freundschaft mildem Taue,
Der durchs Herz ihm, der durchs Auge
Schon ihm schleicht, nicht widerstehen.
P. Conz.

Als die beiden Männer in dem weiten Saale von Lichtenstein allein waren, trat der Alte dicht vor Georg hin und schaute ihn an, als messe er prüfend seine Züge. Ein Strahl von Begeisterung und Freude drang aus seinen Augen, und die Melancholie seiner Stirne war verschwunden, er war heiter, fröhlich sogar, wie der Vater, der einen Sohn empfängt, der von langen Reisen zurückkehrt. Endlich stahl sich eine Träne aus seinen glänzenden Augen, aber es war eine Träne der Freude, denn er zog den überraschten Jüngling an sein Herz.

„Ich pflege nicht weich zu sein," sprach er nach dieser feierlichen Umarmung zu Georg; „aber solche Augenblicke überwinden die Natur, denn sie sind selten. Darf ich denn wirklich meinen Augen trauen? Trügen die Züge dieses Briefes nicht? Ist dieses Siegel echt und darf ich ihm glauben? Doch — was zweifle ich! Hat nicht die Natur Euch ihr Siegel auf die freie Stirne gedrückt? Sind die Züge nicht echt, die sie auf den offenen Brief Eures Gesichtes geschrieben? Nein, Ihr könnet nicht täuschen — die Sache meines unglücklichen Herrn hat einen Freund gefunden!"

„Wenn Ihr die Sache des vertriebenen Herzogs meinet, so habt Ihr recht gesehen, sie hat einen warmen Anhänger gefunden. Der Ruf bezeichnete mir längst den Herrn von Lichtenstein als einen treuen Freund des Herzogs, und ich wäre vielleicht auch ohne den Rat jenes unglücklichen Mannes, der mich zu Euch schickte, gekommen, Euch zu besuchen."

„Setzet Euch zu mir, junger Freund," sagte der Alte, dessen Augen immer noch mit Liebe auf dem Jüngling zu ruhen schienen; „setzet Euch her und höret, was ich sage. Ich liebe es sonst nicht, wenn die Leute ihre Farbe ändern, ich habe in meinem langen Leben gelernt, daß man die Ueberzeugung eines jeden ehren müsse, und daß ein Mann, wenn er nur sonst reine Absichten hat, nicht gerade deswegen zu verdammen sei, weil er anderer Meinung ist als wir. Aber wenn man seine Farbe mit so uneigennützigen Absichten ändert wie Ihr, Georg von Sturmfeder, wenn man dem Glück den Rücken kehrt, um sich an das Ungück anzuschließen, da hat die Aenderung großen Wert, denn sie trägt das Gepräge einer edlen Tat an der Stirne."

Georg errötete über sich selbst, als er hörte, wie der Lichtensteiner seine uneigennützigen Absichten pries. War es denn nicht auch die schöne Tochter, was ihn zu der Fahne des Vaters führte? Und mußte er nicht in der Achtung dieses Mannes sinken, wenn über kurz oder lang dieses Motiv seines Uebertritts ans Licht kam? „Ihr seid zu gütig," antwortete er; „die Absichten eines Menschen liegen oft tiefer verborgen, als man auf den ersten Anblick glaubt; seid versichert, daß mein Uebertritt zu Eurer Sache zwar zum Teil von dem empörten Gefühl des Rechts geleitet wurde; doch könnte es auch einen irdischeren Beweggrung geben, Herr Ritter, und ich möchte nicht, daß Ihr mich für zu gut hieltet, es würde mir um so weher tun, wenn Ihr nachher ungünstiger von mir urteiltet."

„Ich liebe Euch um dieser Offenheit willen nur noch mehr," entgegnete der Herr des Schlosses und drückte seinem Gast die Hand. „Doch traue ich meiner Erfahrung und meiner Kenntnis der Gesichter und von Euch will ich kühn behaupten, daß, wenn Euch auch noch eine andere Absicht leitet als das Gefühl des Rechtes, diese Absicht doch keine schlechte sein kann. Wer Schlechtes im Schilde führt, ist feig, und wer feig ist, wagt es nicht, den Truchseß, den Herzog von Bayern und den Schwäbischen Bund vor den Kopf stoßen und so aufzutreten, wie Ihr aufgetreten seid."

„Was wisset Ihr von mir?" rief Georg mit freudigem Erstaunen; „habt Ihr denn je von mir gehört vor diesem Augenblick?"

Der Diener, welcher bei diesen Worten die Türe öffnete, unterbrach die Antwort des alten Herrn; er setzte Wildbret und volle Becher vor Georg hin und schickte sich an, den Gast zu bedienen. Doch ein Wink seines Herrn entfernte ihn aufs neue. „Verschmähet diesen Morgenimbiß nicht," sagte er zu dem jungen Mann; „den ersten Becher sollte zwar die Hausfrau kredenzen, wie es die angenehme Sitte heischt; aber die meinige ist schon lange tot, und meine einzige Tochter, Marie, die an ihrer Stelle das Hauswesen versieht, ist ins Dorf hinabgegangen, um am hohen Feste eine Predigt zu hören und die Messe. Nun, Ihr fraget mich, ob ich noch nie von Euch gehört hatte? Ihr seid ja jetzt unser, daher darf ich Euch wohl sagen, was man sonst verschweigt. Ich war zur Zeit, als Ihr in Ulm einrücktet, in jener Stadt, um meine Tochter abzuholen, die sich dort aufhielt, hauptsächlich aber, um manches zu erfahren, was für den Herzog wichtig war; Gold öffnet alle Pforten, „setzte er lächelnd hinzu, „auch die des hohen Rates, und so hörte ich täglich, was die Bundesobersten beschlossen. Als der Krieg erklärt wurde, war ich genötigt, abzureisen; ich hielt aber treue Männer in jener Stadt, die mir auch das Geheimste berichteten, was vorging."

„War nicht einer davon der Pfeifer von Hardt," fragte Georg, „den ich bei dem Geächteten traf?"

„Und der Euch über die Alb führte? Ja wohl! Diese brachten immer Kundschaft. So erfuhr ich denn auch, daß man beschloß, einen Säher hinter den Rücken des Herzogs zu schicken, etwa in die Gegend von Tübingen, um dem Bunde sogleich Nachricht von unseren Schritten zu erteilen. Ich erfuhr auch, daß die Wahl auf Euch gefallen sei. Nun muß ich Euch redlich gestehen, Ihr und Euer Name war mir ziemlich gleichgültig, nur bedauerte ich Euch, als ich hörte, daß Ihr noch solch ein junges Blut seid, denn sobald Ihr über die Alb kamet als Kundschafter, wäret Ihr ohne Gnade und Barmherzigkeit totgeschlagen oder unter die Erde gesetzt worden, wo keine Sonne und kein Mond hinscheint. Um so überraschender war mir und vielen Männern die Nachricht, wie Ihr es ausgeschlagen und wie tapfer Ihr vor jenen Herren gesprochen. Auch daß Ihr absagtet und auf vierzehn Tage Urfehde schwören mußtet, erfuhr ich. Und wie freut es mich, daß Ihr nun gar unser Freund geworden seid!"

Die Wangen des jungen Mannes glühten, sein Auge strahlte vor Freude; brach ja doch dieser Augenblick alle Schranken, welche die Verhältnisse zwischen ihm und Marie gezogen hatten. Sein langer Wunsch, dessen Erfüllung oft so weit in die Ferne hinaus gerückt schien, war in Erfüllung gegangen; er hatte unbewußt Mariens Vater für sich gewonnen. „Ja, ich habe ihnen abgesagt," antwortete Georg, „weil ich ihr Wesen nicht mehr leiden mochte; ich bin Euer Freund geworden; doch wäre es möglich, ich hätte mich nicht so bald zu Eurer Sache bekannt; aber als ich unten in der Höhle neben jenem geächteten Manne saß, als ich bedachte, wie man mit den Edeln und selbst mit dem Herrn des Landes umgehe, wie seine gewaltigen Reden so mächtig an meiner Brust anklopften; da war es mir auf einmal hell und klar, hierher müsse ich stehen, hier müsse ich streiten. Und glaubt Ihr, es werde bald etwas zu tun geben? Denn ich bin nicht zu Euch herübergeritten, um die Hände in den Schoß zu legen!"

(Fortsetzung folgt.)

den Cliquen wollen eben wieder zur Herrschaft kommen, wollen wieder ihre alte Klassenherrschaft ausüben und finden jedes Mittel zur Erreichung dieses Zieles heilig. Verantwortlichkeitsgefühl ist offenbar nicht im geringsten vorhanden. Wäre das der Fall, dann müßte man wissen, welche Folgen unvermeidbar eintreten werden, wenn in dieser Weise das Volk weiterhin beunruhigt wird und unbesonnene Menschen aus den rechtsorientierten Zirkeln des Volkes zu Dummheiten verleitet werden. Den Herrschaften ist es wohl bisher zu gut gegangen, sie, die sich zitternd vor Schreck in ihre vier Wände verkrochen und für ihre Potentaten in schwerster Zeit nicht eintraten, wittern wohl Morgenluft und glauben, den Tanz bald riskieren zu können. Vielleicht überlegt man sich aber auch einmal, was unvermeidbar eintreten muß, wenn der Funke ins Pulverfaß fliegt.

Badische Politik

Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung

Mit der Beratung des Entwurfes einer Gemeindeordnung begann der Ausschuß seine Beratung. Von dem Berichterstatter wurde die Frage aufgeworfen, ob in Anbetracht der Unklärtheit der finanziellen Lage der Gemeinden eine Beratung des Entwurfes jetzt angebracht sei. Ein sozialdemokratischer Redner tritt für die sofortige Beratung des Entwurfes ein, da das jetzige Gesetz manche Unzuträglichkeit aufweist. — Von demokratischer Seite wurde dem zugestimmt. — Der Regierungsvertreter gibt zu, daß der Entwurf auf dem finanziellen Gebiete Mängel aufweist und erläutert in eingehender Weise die finanzielle Lage der Gemeinden. An Einnahmequellen stehen den Gemeinden die Steuerwerte des Liegenschafts- und Betriebsvermögens bis zu 150 v. H., die Anteile der Umsatzsteuer, die am 1. Januar 1921 auf 10 Prozent erhöht wird, die Erträgnisse der Wertzuwachssteuer, die Anteile der Grunderwerbssteuer, die Vergnügungssteuer zur Verfügung. Ebenso ist den Gemeinden die Anlehensmöglichkeit gegeben. — Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß der Kredit der Städte erschöpft sei und fordert die badische Regierung auf, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den Gemeinden größere finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. — Von Regierungsseite wird dazu bemerkt, daß die Regierung nicht in der Lage sei, den Ansprüchen der Städte auf dem finanziellen Gebiete zu entsprechen. Die Bürgerausschüsse müssen in den Ausgaben sich einige Beschränkungen auferlegen. — Von sozialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die hauptsächlichsten Ausgaben auf dem Gebiete der Wohnungs- und Erwerbslosenfürsorge liegen. Ein Zentrumsvertreter glaubt, daß die Besoldungsfrage die Gemeinden stark belasten. — Einmütig war man der Auffassung, daß trotz der erhobenen Bedenken in die Beratung des Entwurfes einzutreten ist. Bei der Generaldebatte wurde zunächst der Frage nach einer einheitlichen Form der Gemeindeordnung so wie es der Entwurf vorsieht, einstimmig zugestimmt. — Bei der Frage, ob das Bürgerrechtsgesetz in die neue Gemeindeordnung aufzunehmen sei, war man allgemein der Auffassung, daß dieses in einem seperaten Gesetz geschehen soll. — In der Beamtenrechtsfrage wurde von demokratischer Seite angeregt, diese Frage bis zur reichsgesetzlichen Regelung auszuschalten. Man einigte sich dahin, daß die Beamtenrechtsfrage vorläufig, wie es der Entwurf vorsieht, verbleiben soll. — Eine längere Debatte verursachte die Frage, ob bei der Gemeindeverwaltung wie seither das Zweikollegium (Gemeinderat und Bürgerausschuß) oder die Magistratsverfassung empfehlenswert ist. Der Berichterstattter tritt für das Zweikollegium ein. Von sozialdemokratischer Seite wurde wohl die Schwerfälligkeit des Zweikollegiums hervorgehoben, andererseits aber auch die Vorzüge anerkannt, die das seitherige System hat. Vonseiten der bürgerlichen Vertreter war man aus traditionellen Gründen für die Beibehaltung des seitherigen Zustandes. Bei der Spezialdebatte wurden die §§ 1 und 2 des Entwurfes angenommen. Durch die Annahme des § 2 werden künftig die abgesonderten Gemarkungen aufgehoben und werden einem Gemeindebezirk zugewiesen. Zu § 3, der die Einteilung der Gemeinden in der Weise vorsieht, daß a) Gemeinden bis zu 200 Einwohner (Kleine Gemeinden), b) kleine Stadtgemeinden und Landgemeinden mit mehr als 200 bis 4000 Einwohner (Mittlere Gemeinden), c) mittlere Stadtgemeinden und große Landgemeinden mit mehr als 4000 bis zu 15 000 Einwohner (Große Gemeinden), d) Gemeinden mit mehr als 15 000 Einwohner (Städte im Sinne des Gesetzes) wird von demokratischer Seite beantragt, die Einwohnerzahl für die Städte auf 20 000 Einwohner festzusetzen und daß Städte, die seither der Städteordnung unterstanden haben, in der Reihe der großen Städte verbleiben. — Von sozialdemokratischer Seite wurde beantragt, daß die seitherigen Städte der Städteordnung dem Sinne des Gesetzes verbleiben. Bei der Abstimmung wird der demokratische Antrag abgelehnt, während der sozialdemokratische Antrag angenommen wurde. Zu § 4, der die Vereinigung zweier Gemeinden behandelt, wurde von sozialdemokratischer Seite angeregt, daß bei einer derartig wichtigen Frage der Entscheid der beteiligten Einwohner anzurufen ist. Ein Antrag, daß im Falle eine Einigung nicht zustande kommt, die Vereinigung einer Gemeinde durch Gesetz erfolgen kann, wurde angenommen.

In der Nachmittagssitzung wurde die Beratung über den § 4 fortgesetzt und nach einigen redaktionellen Aenderungen angenommen. Der § 5 wurde ohne Aenderungen genehmigt. Der § 6, der die Selbstverwaltung der Gemeinden behandelt, wurde nach dem Entwurf angenommen. Zu § 7, über die polizeiliche Tätigkeit der Gemeinden, wird von demokratischer Seite angeregt, den Städten die Uebernahme der Versicherungsämter zu übertragen. — Von Regierungsseite wird erklärt, daß man grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden hat, aber in den jetzigen Zeitverhältnissen stehen der Uebernahme große Bedenken entgegen. — Von sozialdemokratischer Seite wird erklärt, daß ein dringendes Bedürfnis hierzu nicht bestehe, andererseits würde diese Aenderung neue finanzielle Belastung der Städte mit sich bringen. — Der Redner des Zentrums kann dem demokratischen Vorschlag nicht zustimmen. Zu Absatz 3 wird von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, daß bei Uebernahme von gemeindlichen polizeilichen Aufgaben durch den Staat, dieser in diesem Falle die Kosten zutragen habe. Vonseiten der Regierung wird dieses als unannehmbar erklärt. Von demokratischer Seite wird hierzu der Antrag gestellt: „Inwieweit in diesem Falle die Gemeinden zu den Kosten der staatlichen Verwaltung beizutragen haben, wird durch Gesetz geregelt." Der Antrag wurde angenommen. Im übrigen wurde der § 7 angenommen.

Der Fall Engelhorn. Die Presseabteilung der badischen Regierung teilt mit: Mehrere unzutreffende und irreführende Zeitungsnotizen geben Anlaß zu folgender Feststellung: Der Student Robert Wilh. Eberhardt Engelhorn der am 21. ds. Mts. vom Schwurgericht Karlsruhe von der Anklage des Mordes an dem Studenten Hans Kahn freigesprochen wurde, ist unmittelbar nach der Hauptverhandlung in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau untergebracht worden. Das Bezirksamt Baden hat die Unterbringung auf Grund des § 5 des Irrenfürsorgegesetzes verfügt, da Engelhorn für andere Personen gefährlich ist. Die da und dort aufgetauchte Befürchtung, als ob mit der Freilassung Engelhorns in absehbarer Zeit gerechnet werde, entbehrt somit der Begründung.

Politische Aussprache im Reichstag

Berlin, 28. Oktober.

Am Ministertisch: Reichskanzler Fehrenbach, die Minister Dr. Scholz, Dr. Heinze, Dr. Geßler.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Etatsberatung

Als erster Redner erhält das Wort:

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers zeugen von Resignation. Zu den rosaroten Plakaten der Deutschen Volkspartei in der Wahlbewegung paßt die gegenwärtige Lage recht schlecht. Wir sind gewillt, die demokratische Republik zu schützen. Das Verlangen nach der Auslieferung der Dieselmotoren ist gaunerhaft, brutal und Dummheit. Wir verlangen die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland und haben keine Besorgnisse vor russischen Einflüssen. In den Abstimmungsergebnissen erblicken wir den Beweis dafür, daß die Republik mehr Anziehungskraft ausübt als Hohenzollern und Habsburg. Wir wollen keine Gesinnungsschnüffelei. Aber der Feind der Republik muß hinaus. Deshalb sind wir gegen die Reaktionsversuche, die sich sogar in der Reichswehr breit machen. Die Regierung ist leider bestrebt, trotz einzelner sozialdemokratischer Minister, die Außenbeamten als Gegengewicht zu halten. Ein weiterer Beweis hierfür liegt im Heeresetat, in dem vor lauter Generälen die hunderttausend Mann kaum zu finden sind. Der Reichswehrminister zieht tief den Hut vor den roten Streifen, deren Allmächtigster der Herr von Seeckt ist. Das Ziel des Offizierskorps ist die Wiederherstellung seiner alten früheren Herrlichkeit. Auch wir wollen keine Politik im Heere, abgesehen von der Forderung des unbedingten Festhaltens an der Republik. Herr von Seeckt will den Geist von Potsdam wiederherstellen. So macht man aus der Reichswehr eine Institution nationalistischer Bestrebungen. Dieser Geist führt schließlich zur Bildung der Weißen Garde. Auch das Beschwerderecht dieses Scheinrecht unseligen Angedenkens, taucht wieder auf. So wird das Heer eine schrankenlose Domäne der Offiziere. Diese Hüter der Republik haben die Wiedereinführung d schwarz-weiß-roten Kokarde beantragt. Das ist eine Verhöhnung der Republik. (Stürmischer Protest. Als der Redner der Rechten vorwirft, während das Volk im Kriege alles verloren habe, hätten sie nur ihre Achselstücke eingebüßt, erhebt sich ein gewaltiger Lärm. Das ganze Haus erhebt sich. Pfuirufe und minutenlanger Lärm hindern den Präsidenten zunächst, für Ordnung zu sorgen.)

Redner fuhr dann fort: Es liegt mir fern, den Minister Geßler selbst zu kränken. Er muß aber Herrn v. Seeckt, diesen Organisator der Gegenrevolution, beseitigen. Die Offizierskaste muß entfernt werden. Den Ersatz haben wir aus den Unteroffizieren und und Mannschaften zu entnehmen. Die Entfernung muß rücksichtslos durchgeführt werden. Die Welt muß die Ueberzeugung gewinnen, daß wir unserer Pflicht nachkommen. Ist es wahr, daß in Potsdam 900 Maschinengewehre und tausende von Gewehren versteckt aufgefunden worden sind Daß ferner nur Mannschaften, nicht aber Offiziere in der Angelegenheit verhaftet worden sind? Wie steht es mit der Orgesch? Wir haben nicht das Vertrauen zu der Deutschen Volkspartei, daß sie mit ihrer monarchischen Gesinnung ein Hüter und Schützer der Republik ist. Das macht aber nicht viel, denn der deutsche Arbeiter ist der beste Hüter der Republik. Ein Ausnahmgesetz gegen die Kommunisten entspricht nicht den sozialistischen Anschauungen. Ob mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei ein Zusammenarbeiten möglich sein wird, hängt von ihr ab. Das Ziel der sozialdemokratischen Wünsche ist, die **Sozialisierung des Kohlenbergbaues.** Der Redner kritisiert in diesem Zusammenhang das Verhalten der Minister der Deutschen Volkspartei und warnt sie, ein Spiel mit der Arbeiterschaft zu treiben. Die ganze Welt erwartet von uns bahnbrechende Erfolge auf dem Gebiete der Wiederaufrichtung. Sozialist heißt Optimist sein. Wir glauben an die deutsche Zukunft.

Reichswehrminister Dr. **Geßler** will auf die Einzelheiten der Ausführungen Scheidemanns erst beim Etat der Heeresverwaltung eingehen. Er übernehme die alleinige Verantwortung für sein Ressort, die er mit niemandem teilen wolle, auch nicht mit Herrn von Seeckt. Daß Scheidemann für die schwere Aufgabe, die Herr von Seeckt sogar zur Zufriedenheit der Entente in schwerer Arbeit, aber mit blutendem Herzen erfüllte, so wenig Verständnis zeige, bedaure er vom ganzen Herzen.

Reichskommissar Dr. **Peters:** Das Gesetz über die Entwaffnung vermeidet Zwangsmaßnahmen, zumal das Gebiet sehr groß ist und nur Polizei zur Verfügung steht. Die freiwillige Ablieferung vollzog sich ziemlich gleichmäßig auch auf dem Lande. Hoffentlich gelingt es auch bald, die Organisationen zu entwaffnen. Daß mit den Waffen große Schiebungen vorgenommen worden sind, ist bekannt. Ebenso ist richtig, daß sich unsichere Elemente in den Besitz von Waffen gesetzt haben. Das war in Potsdam der Fall. Das Ergebnis der Ablieferung war: 809 Geschütze, 11 635 Maschinengewehre, Flammenwerfer usw., 1 735 000 Gewehre und 11 Millionen Geschosse. Alles ist auf friedlichem Wege erreicht worden.

Abg. Trimborn (Zentr.)

entnimmt der Rede Scheidemanns den Eindruck, daß die Mehrheitssozialisten zu gegebener Zeit die Regierung stürzen wollen. An uns hat seinerzeit nicht die Schuld an dem Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung gelegen. Wenn die Sozialdemokratie aber gewissermaßen eine drohende Stellung gegen das Ministerium einnehmen werde, werde sie auch uns gerüstet finden. Redner forderte die Regierung auf, die Bolschewisten stark im Auge zu behalten. Gegenüber Scheidemann müsse er betonen, daß der Reichskanzler von einem Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten nichts gesagt hat. Redner geht sodann auf die Parteitage in Halle und Kassel ein und spricht dem Kabinett gegenüber den dort erhobenen Angriffen das unerschütterliche Vertrauen aus. Was die Angriffe auf den Reichswehrminister betreffe, so vermisse er in Scheidemanns Ausführungen die Forderung nach Disziplin. (Allgemeine Zustimmung.) Was die Beziehungen zum Ausland anbelangt, so warnt Redner vor jeder Illusionspolitik. Auch auf das Wahlergebnis in den Vereinigten Staaten solle man keine große Hoffnungen setzen. Es bleibe weiter der Osten. Aber zurzeit seien die Verhältnisse auch hier aussichtslos. Besser stehe es mit Italien. Polen dagegen habe sich die allgemeine Erbitterung bei uns zugezogen. Der Name Oberschlesien sei dafür der Beweis. Daher müsse unser Verhältnis zu Polen besonders nüchtern behandelt werden. Das Hauptziel der Diplomatie müsse die Wiederherstellung der Beziehungen unter den Mächten Europas sein,

Unterernährung und Tuberkulose

Von Dr. Eduard Kahn

In einem „Jugendelend unserer Tage" überschriebenen Aufsatz in Nr. 241 des „Volksfreund" schildert der Stadtschularzt Dr. Paul die Gefahren, die unserer Jugend infolge der Unterernährung, insbesondere durch die Tuberkulose drohen. Da mir scheint, daß er aus den von ihm angedeuteten Tatsachen nicht die rechten Folgerungen zieht, daß die von ihm vorgeschlagenen Bekämpfungsmaßnahmen angesichts unserer trostlosen Lage lediglich Paradebilder darstellen würden, möchte ich an dieser Stelle einiges erwidern und besonders unseren Stadträtern zum Nachdenken unterbreiten.

Wiederholt hat der Herr Stadtschularzt es ausgesprochen, daß es die verdorbene „Stadtluft" u. a. sei, die an der Verbreitung der Tuberkulose bei uns — neben der Unterernährung — schuld sei. Da dieses Wort ihm mehr zu bedenken scheint, als eine laienhafte Umschreibung, muß ich mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß der Stadtluft als solcher diese Bedeutung nicht zukommt. Einmal gibt es bei schlechten sozialen Verhältnissen auch auf dem Lande reichlich Tuberkulose — trotz guter Luft — und dann haben wir in der Stadt in den wohlhabenden Vierteln bei derselben „schlechten Luft" viel weniger Tuberkulose, als bei der ärmeren Bevölkerung. Der Herr Stadtschularzt würde also besser daran tun, dem Kernproblem zuleibe zu rücken und uns zu gestehen, daß die Tuberkulose im wesentlichen eine Proletarierkrankheit ist und daß Tuberkulose bekämpfen u. a. heißt, dafür sorgen, daß die Proletarier ein menschenwürdigeres Dasein führen können. (Die Tuberkulosesterblichkeit geht im Großen den Brotpreisen parallel.)

Er durfte vor allem der Tatsache nicht ausweichen, daß die Tuberkulose auch eine Wohnungskrankheit ist, die in den engen menschengefüllten Proletarierwohnungen deshalb so grassiert, weil die Gesunden und Kranken oft in einem Raum zusammengepfercht sind, weil so die kleinen Kinder den immer wiederholten Ansteckungen durch die Erwachsenen kaum entgehen können. Warum erhebt der Herr Stadtschularzt nicht seine gewichtige Stimme dafür, daß man den Familien Tuberkulöser helle und geräumige Wohnungen zuweist, damit die Ansteckungsgefahr gemindert wird? Scheut er sich, zu diesem Zwecke die strenge Rationierung der Wohnungen zu fordern? Wie er sich scheut, trotz der ihm bekannten Tatsache über die Tuberkulose (auf die ich leider hier des näheren nicht eingehen kann) zu dem Gedanken Stellung zu nehmen, daß die Beseitigung des sozialen Elends, also die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft auch das beste Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose ist. Er hat keinen Anspruch darauf, von den Lesern einer sozialistischen Zeitung ernst genommen zu werden, wenn er, wie in der „guten alten Zeit" ein paar „soziale" Maßnahmen empfiehlt, die schön aussehen, manchen einlullen, aber im Grunde das alte Elend lassen.

Da ich hier nicht einen neuen Aufsatz über Bekämpfung der Tuberkulose in der Schule schreiben will, muß ich es mir versagen, alles das anzuführen, wovon Dr. Paull nicht spricht. Selbstverständlich bin ich mit Paulls Forderung der Landerholungsheime einverstanden, aber sie kann nur eine sein neben anderen wichtigen und ebenso möglichen. Und ebenso selbstverständlich schließe ich mich als Arzt der Forderung an, daß die Schüler aller Schulen mindestens einmal jährlich untersucht werden sollen, damit man die ersten Anfänge der Tuberkulose erkenne. Aber dazu ist eine gründliche Untersuchung notwendig.

Und nun ein Wichtiges, das mich eigentlich veranlaßt hat, meine Stimme zu erheben. Der Herr Stadtschularzt fordert am Schlusse seiner Abhandlung: Die Einbeziehung des Kleinkindes und Säuglings in die schulärztliche Tätigkeit. Diesen Satz begründet der Herr Stadtschularzt zwar noch weniger als seine anderen Forderungen, aber er spricht ihn nun zu wiederholtem Male aus, um ihn selbstverständlich zu machen, und er sucht in der letzten Zeit, wie mir auch nicht unbekannt ist, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um ihn zur Durchführung zu bringen. Gegenüber diesem Bestreben möchte ich unseren sozialistischen Stadträten und Stadtverordneten zurufen, aufzupassen.

Wenn man den ersten Teil des Aufsatzes von Dr. Paull über die Not unserer Jugend aufmerksam gelesen hat, so sollte man erwarten, daß er nun raten wird, daß man die besten Kräfte zur Beschützung der Kleinen sich holen muß. Unsere Gemeindevertreter werden also mit dem Vorschlag rechnen, daß ein sachkundiger und erfahrener Kinderarzt die Leitung dieses Fürsorgewesens übernehmen soll, ein Mann, der auf der Höhe der wissenschaftlichen Forderung steht, und der reichlich praktische Erfahrung über die Krankheiten der Säuglinge und Kleinkinder hat. Aber weit gefehlt: Dr. Paull will, daß diese Ueberwachung ihm übertragen werde, ihm, obwohl er nicht gerade am sachkundigsten und befähigsten auf diesem Gebiete ist. Wäre das zum Heil unserer Jugend? Schon gar, da Dr. Paull doch mit der Schularztarbeit bisher so wenig fertig wurde, daß er nächstens den dritten Schularzt braucht!

Warum stellt der Herr Stadtschularzt auch noch diese Forderung? Weil die Säuglinge alle einmal Schüler werden? Nun, man kann dafür sorgen (und es geschieht ja schon), daß in den Fürsorgestellen für die Kleinen Krankenblätter angelegt werden, die nachher mit zur Schule wandern und den Schularzt dort orientieren.

Der Herr Stadtschularzt spricht dann wohl von den Vorzügen einer zentralen Leitung? (der dann wohl bald auch die Tuberkulosenfürsorge usw. unterstellt werden müßten). Ich bin der letzte, der sich dagegen wehren würde, daß man nach einem einheitlichen Plan den Schutz der Kinder (und mir ist übrigens bekannt, daß die Kinder- und Säuglingsfürsorgeärzte dem Stadtrat einen Plan präsentieren, der diesen Gedanken ausdrückt und sich auf sachliche Erfahrungen stützt, die Dr. Paull abgehen). Und ich würde einem Plan selbst mit Gipfelung in einer Person gerne zustimmen, wenn wir hier in Karlsruhe einen ideal befähigten und sachkundigen Kinderarzt zum Stadtschularzt hätten.

So aber ist es Aufgabe der städtischen Vertretung behutsam zu sein und dafür zu sorgen, daß die Fürsorge der Kleinkinder und Säuglinge dem Kinderarzt übergeben und in keiner Weise durch den Nichtfachmann Paull beengt wird.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

„Das Auswärtige Amt und die Notwendigkeit seiner Reorganisation" betitelt sich eine im Verlag Neues Vaterland erschienene Broschüre (Preis 2.50 M) von Legationssekretär **Kuno Tiemann.** Auf Grund intensiver Kenntnisse bemüht sich der Verfasser nachzuweisen, daß sich auch in der Republik an der personellen Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes nichts änderte, wofür er besonders den Personalreferenten im Auswärtigen Amt, Herrn Ministerialdirektor Schüler, verantwortlich machen zu müssen glaubt. Instruktiv ist an der Schrift besonders die Darlegung des (zwischenzeitlich zur Durchführung gelangten) Regionalsystems im Auswärtigen Amt, wodurch die Ressort in Ländergruppen zerlegt werden, die eine intensivere Behandlung als bisher ermöglichen. Um eine andere Geistigkeit in unserem Auswärtigen Amt zu schaffen, dazu dürfte u. E. jedoch mehr nötig sein, als eine organisatorische Reform. Hierzu bedarf es, wie wir glauben, vor allem einer inneren geistigen Umschichtung des für die Diplomatenlaufbahn in Betracht kommenden Nachwuchses. Damit wird jedoch die Frage ein Problem unseres Erziehungswesens, dem hier wie ansonst noch viel zu tun übrig bleibt, wenn wir nicht in jeder Hinsicht Schiffbruch erleiden wollen. gr.

dann würden die Amerikaner bereit sein, dem geeinten Europa wieder aufzuhelfen. An diesem Ziele müsse die deutsche Diplomatie mithelfen. Leider kommt bei der Besetzung der Posten im Auslandsdienst das katholische Element nicht entsprechend zur Geltung. Es müsse im Auswärtigen Amt einen Kulturreferenten geben, der mit dem Missionswesen betraut werden müsse. Redner kommt sodann auf die Notlage einer großen Anzahl von Auslandsdeutschen zu sprechen und verlangt genaue Feststellung über diese Notlage und Mittel, um sie in das Vaterland zurückzubringen. Den Südtirolern sichert er deutsche Treue zu. Den Kärntnern dankt er für ihr treues Festhalten am deutschen Vaterland.

Der Redner geht dann auf die einzelnen Positionen des Etats ein. Der Fehlbetrag von 8 Milliarden könnte den Staatsbankerott empfehlen. Das werde aber den Verlust unserer Selbständigkeit bedeuten. Eine Erhöhung der direkten Steuern sei nicht mehr möglich. Die Zahl der Beamten müsse überall herabgesetzt werden. Wir brauchen ein besseres Programm, das allerdings weder den reinen Sozialismus, noch auch den bisherigen Liberalismus bedeuten könne. Eine Schwächung der Produktion dürfe die geplante Sozialisierung des Kohlenbergbaues nicht mit sich bringen; es müsse also der richtige Weg für die Sozialisierung gefunden werden. Eine Störung der Produktion werde die Besetzung des Ruhrgebietes zur Folge haben und damit das Ende des Reiches bedeuten. Die Kohlenfrage ist für uns ausschlaggebend. Die Zwangswirtschaft müsse fallen. Ein großer Teil der Landwirte sei loyal gewesen, viele aber hätten sich die Verhältnisse zu Nutzen gemacht. Bedauerlich sei es, daß diese Beispiele auf die Industrie übergreifen und zur Ausbeutung der Notlage führen. In der Schulfrage stehe seine Partei entschieden auf der Innehaltung des Weimarer Schulkompromisses. Jedem Versuch gegenüber, ein anderes Schulgesetz vorzulegen, werde seine Partei in schärfste Opposition eintreten. Was die Neugliederung Deutschlands anbelange, so erinnere er daran, daß in Preußen Ende dieses Jahres die Frist ablaufe, die durch Gesetz vom Jahre 1867 gestellt sei. Demzufolge seien zahlreiche Gebiete berechtigt, durch Volksabstimmung sich über ihr weiteres Verbleiben bei Preußen schlüssig zu machen. Rheinland z. B. wird von diesem Recht Gebrauch machen. Hier müsse die Reichsregierung die Führung in die Hand nehmen. Wir wollen keinen Einheitsstaat nach französischem Muster, aber ein kräftiges Reich. Der Redner schließt mit den Worten: „Haltet fest am Reiche!

Graf Westarp (D.-N.) erinnert an den lebhaften Widerspruch aller Parteien gegen die Schaffung des polnischen Staates im Jahre 1916. Heute werde wohl jedermann diesen Beschluß bedauern. Jetzt wollten die Polen ohne Volksabstimmung mit Gewalt sich in den Besitz Oberschlesiens setzen. Das wisse die Regierung seit dem Frühjahr. Die Denkschrift, die die Regierung zu der Frage verfaßt habe, versage in vielen Punkten, da sie die Antwort des Gegners auf unsere Note nicht enthalte. Die Regierung habe auf ihren Protest gegen die Waffenlager auf polnischer Seite vom 3. Mai keine Antwort erhalten, weiter aber nichts unternommen. Warum habe die Regierung im August den polnischen Aufstand nicht mit Gewalt niedergeschlagen? Gegen die Erklärung, die Minister Dr. Simons damals abgeben mußte, müsse er sagen, daß sie eine Sühne darstelle, wie die Geschichte sie nicht kenne. Bezüglich der Aussichten in Oberschlesien ist zu sagen, daß die Regierung mit mehr Energie für die Abstimmung eintreten und der Reichstag dies durch eine Resolution bekräftigen müsse. Wenn ferner aus Oberschlesien durch die Verteilungskommission uns nicht mehr Kohlen zugewiesen würden, könnten wir das Abkommen von Spaa nicht einhalten. Den Autonomieentwurf hatte er nicht für glücklich; er schaffe nur neuen Zwiespalt. Die Leute, welche eine Zersplitterung Preußens wollten, säßen meistens im Zentrum. Gegen den Plan des Abg. Trimborn lege er daher Verwahrung ein. Eine Wiederaufrichtung des Reiches sei nicht möglich, ohne ein starkes, einiges Preußen. Die Vaterlandsliebe geht weit bis in die Reihen der Arbeiter. Preußische und deutsche Interessen sind identisch.

Redner wendet sich nun der auswärtigen Politik zu: Die Genfer Konferenz schwebt noch immer in der Luft. Maßgebend für die Frage, was wir leisten und abgeben können, kann nur unsere Ausfuhrstatistik sein. Nun habe die Regierung eine Denkschrift in Brüssel überreichen lassen, in der viele Fehler enthalten sind und die daher kein richtiges Bild unserer Ausfuhrwerte bietet. Der Versailler Vertrag kann keine Grundlage für die Herstellung guter Beziehungen zwischen Frankreich und uns sein, wie unser Vertreter in Paris gesagt hat. Er müsse gegen diese Aeußerungen entschieden protestieren. Notwendigkeit einer Aenderung des Vertrags müsse daher das Begehren des gesamten deutschen Volkes sein. Redner protestiert gegen die Auslieferung von Milchkühen und fordert eine energische Stellungnahme der Regierung gegen diese Forderung. Außerdem müsse die Regierung gegen die vielfachen Verletzungen energischer einschreiten, für das Festhalten an unserm Kolonien eintreten und gegen die Drohung mit dem Einmarsch das Ruhrrevier Front machen. Redner kommt dann auf die Rede des Abg. Trimborn zu sprechen und nimmt die Landwirte gegen dessen Angriffe in Schutz. Zur Sozialisierungsfrage müsse auch er betonen, daß ihm das Verhalten der Deutschen Volkspartei nicht klar sei. Die Sozialdemokraten wollen aus der Angelegenheit eine Machtfrage machen. Die Zulassung von Streikposten hätte die Regierung nicht genehmigen dürfen, desgleichen hätte sie gegen die von den Gewerkschaften versuchte Nebenregierung energischer einschreiten müssen. Die Abrüstung ist der schlimmste Schlag ins Gesicht unseres Vaterlandes. Redner bespricht die Notwendigkeit der Wahlen in Preußen und entwickelt alsdann ein Programm der deutschnationalen Partei. Die Partei müsse in der Oppositionsstellung verharren. Die Rücksichtnahme der Regierung nach links ist für unsere Stellungnahme maßgebend gewesen. Die Gefühlsduselei des Herrn Scheidemann veranlasse ihn zu den Ausführungen, gegen energisch Front gemacht werden müsse. Die unerfreulichen Beschimpfungen unseres Offizierskorps fordern allerschärfsten Protest heraus. Mit der marxistischen Partei der Herren Scheidemann und Müller gebe es für seine Partei kein Zusamenarbeiten (Zustimmung und Heiterkeit.) Will die Sozialdemokratie die Regierung, wie verlautet, im Februar oder März stürzen und sollten Neuwahlen kommen, werden wir dem gerne entgegensehen. Bis dahin werden wir in der polemischen Opposition verharren.

Nachdem noch Reichsminister Koch gegen die Ausführungen des Vorredners polemisiert hatte und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen der Abg. Ledebour und Trimborn sowie des Grafen Westarp vertagt das Haus die Weiterberatung Freitag mittag 12 Uhr. Vorher Anfragen, Interpellationen und kleine Vorlagen. Schluß 7½ Uhr.

Aus der Partei

Teutschneureut, 28. Okt. Samstag, 30. Okt., findet im Gasthaus „zur Blume" unsere Mitglieder-Versammlung statt. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Beginn der Versammlung um 8 Uhr. Alle Parteimitglieder werden ersucht, in der Versammlung zu erscheinen.

Blankenloch, 28. Okt. Sozialdemokr. Verein. Sonntag, 31. Okt., nachm. 3 Uhr, findet im „Schwanen" Mitgliederversammlung statt. Genossin Annna Schneider aus Karlsruhe wird einen Vortrag halten über das Thema: „Der Parteitag in Cassel und seine Nutzanwendung". Volksfreundleser sind ebenfalls willkommen. Die Genossen sind verpflichtet, auch ihre Frauen und Töchter mitzubringen.

Aus dem Lande

Berghaupten (b. Gengenbach), 28. Okt. Der 7jährige Sohn des Fabrikarbeiters Faißt wurde von einem Kohlenfuhrwerk überfahren und getötet.

Freiburg, 27. Okt. Zwei Mädchen im Alter von 9 und 7 Jahren sprangen vor einem fahrenden Straßenbahnwagen noch schnell über das Gleise. Hierbei stürzte das 9jährige Mädchen zu Boden und wurde von dem Straßenbahnwagen erfaßt und so schwer verletzt, daß es kurze Zeit darauf starb. Die 7jährige Gespielin, die ebenfalls zu Boden gefallen war, kam mit leichten Verletzungen davon.

Schonach, 27. Okt. Durch Feuer ist die frühere Schlegelsche Säge (jetzt Firma J. Burger Söhne) völlig zerstört worden. Da zahlreiche Holzschnitzerwaren, Maschinen vernichtet wurden, ist der Schaden sehr beträchtlich.

Waldshut, 27. Okt. Letzter Tage weilte hier ein Postrat aus Konstanz, der eine dienstliche Untersuchung gegen den Postamtsvorstand Adolf Köbele, Postdirektor hier, einleitete, deren Ergebnis die Beurlaubung des Postdirektors war. — Graniwerkbesitzer Immetsberger in Tiefenstein wurde in Untersuchungshaft genommen. Man spricht von Geldschiebergeschäften.

Mannheim, 28. Okt. Von der Rheintalbahn wurde in Rheinau ein unbekannter Mann von etwa 40 Jahren überfahren und getötet. Bisher konnte nicht festgestellt werden, ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt.

Heidelberg, 27. Okt. Beim Fensterputzen stürzte die Frau des Bierkutschers Hannemann, Mutter von 5 Kindern aus dem dritten Stockwerk in den Hof, erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie starb.

Aus der Stadt

* **Karlsruhe**, 29 Oktober.

Selbst die Graupen werden teurer

Durch Verordnung vom 20. Oktober 1920 sind die bisher in Geltung gewesenen Höchstpreise für Nährmittel (Grieß, Teigwaren, Graupen, Hafernährmittel) außer Kraft gesetzt worden. Eine Festsetzung neuer Höchstpreise wird nicht mehr erfolgen, vielmehr sollen alle Preise für Nährmittel nur durch vertragliche Bindung der Erzeuger sowie der Groß- und Kleinhändler festgesetzt werden. Diese neue Regelung findet darin ihre Begründung, daß der Absatz des größten Teiles der Nährmittel völlig frei den Fabriken überlassen bleibt, während bei denjenigen Nährmitteln, die noch amtlich verteilt werden, die vertragliche Bindung genügt.

Die Freiheit der Preise marschiert. Wir erwarten schon gar nichts anderes mehr, als daß die „vertragliche Bindung" der Erzeuger, Groß- und Kleinhändler uns Nudeln, Graupen, Hafergrütze zu den höchsten Preisen bescheren wird, die sie erreichen kann. Mancher Oberbürgermeister wird sich vergeblich danach umsehen, was er nun seinen armen Stadtkindern an Stelle der verteuerten Graupen geben soll, die ja nun bald als Fleischersatz ausscheiden müssen. Es erhebt sich die Frage: Was hat Hermes eigentlich noch nicht verteuert?

* **Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Daxlanden.** Samstag, 30. Okt., abends ½8 hr, findet im „Karlsruher Hof" Bezirksversammlung statt. Die wichtige und umfangreiche Tagesordnung erfordert, daß alle Genossen und Genossinnen zahlreich und pünktlich erscheinen. Auch die Volksfreundleser, wenn sie auch noch nicht Mitglied unserer Partei sind, sind freundlichst eingeladen.

* **Einführung der westeuropäischen Zeit in der Pfalz.** Die Franzosen haben in der Pfalz die westeuropäische Zeit eingeführt. Dadurch kommen die Züge in Baden, wo die mitteleuropäische Zeit gilt, mit 30 bis 40 Minuten Verspätung aus der Pfalz an.

* **Zur Preisfestsetzung beim Markthandel mit Schlachtvieh** hat das Ministerium des Innern soeben eine Verordnung herausgegeben, nach der den Metzgern und Fleischwarenfabrikanten die Verpflichtung zur Ausfertigung von Schlußscheinen auch für diejenigen Fälle auferlegt worden ist, in denen sie auf Schlachtviehmärkten Vieh für ihren Gewerbebetrieb vom Händler erwerben.

□ **Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Ortsgruppe Karlsruhe.** Schon vor einiger Zeit hat sich hier eine Ortsgruppe für Deutsche Kriegsgräberfürsorge gebildet. Bisher besteht nur noch eine solche in Heidelberg. Weitere Ortsgruppen sollen von der hiesigen Landeszentrale, die von der hiesigen Ortsgruppe geleitet wird, ins Leben gerufen werden. Am 1. November will die hiesige Ortsgruppe zum erstenmal an die Oeffentlichkeit treten. Der Tag ist dazu wie kein anderer geeignet; es ist der Tag, an dem man der Toten gedenkt. Da schweifen die Gedanken auch zu den vielen Kriegergräbern in der Nähe und Ferne. Für die Kriegsgräber zu sorgen ist eine Pflicht der Pietät. So ist wohl zu erwarten, daß eine große Zahl hiesiger Einwohner sich an diesem Tage im großen Rathaussaal einfindet, um aus Wort und Bild Hochinteressantes über die Kriegsgräber zu vernehmen. Der Eintritt ist frei. (Siehe Inserat.)

Melanie Ermarth gibt ihren diesjährigen Vortragsabend Sonntag den 31. ds. Mts. im Künstlerhaus. Goethe, der das All Umfassende, das Kleinste mit liebendem Verstehen durchdringende, der Lebenskünstler, kommt im ersten Teil zum Wort. Der zweite Teil bringt etwas vom Pulsschlag der jetzigen Zeit. So läßt die Zusamenstellung Goethes mit unseren neuesten Dichtern keinen Riß erscheinen — liebendes Verstehen und festes Glauben an die Menschheit überbrücken ihn jedenfalls —. Der Konzertdirektion Kurt Neufeldt wurde die Vorbereitung für diesen Dichterabend übergeben, der Vorverkauf hat begonnen.

Großes Werbefußballspiel zugunsten der Oberschlesier. Man schreibt uns: Am 1. November veranstaltet der Südd. Fußballverband in Karlsruhe ein großes Fußballwettspiel, dessen Erlös dem Verein heimattreuer Oberschlesier zugeführt wird. Das Spiel findet nachmittag 3 Uhr auf dem Sportplatz im Fasanengarten statt und verspricht eines der interessantesten der diesjährigen Spielzeit zu werden, da sich die Ligamannschaften des K.F.V. und Phönix (komb.) und die des F.C. Mühlburg — F.V. Beiertheim — V.f.B. (komb.) gegenüberstehen. Im Kampf um die Erhaltung des für uns in wirtschaftlicher Beziehung so wertvollen Landes will auch der Südd. Fußballverband dazu beitragen, allen Oberschlesiern die Mittel zu verschaffen, in das Abstimmungsgebiet abzureisen.

Tagung des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke

Am Mittwoch hielt der obige Verein seine 32. öffentliche Jahresversammlung ab, die einen guten Besuch aus allen Teilen des Reiches aufwies. Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Weymann eröffnete die Tagung und gedachte zunächst der im Kriege gefallenen Vereinsgenossen. Er erwähnte sodann die Arbeiten der letzten Jahresversammlung vor 6 Jahren und kam auf den Zusammenhang zwischen der Lebensarbeit Hans Thomas und der Arbeit der Antialkoholbewegung zu sprechen. Redner warf sodann einen Rückblick auf die vergangenen sechs Jahre. Die Geschäftsstelle habe tüchtige erfolgreiche Arbeit geleistet und sich als wertvoller Berater der Zivil- und Militärbehörden erwiesen. Dazu kommt eine umfangreiche Schriftenverteilung. Entgegen der Meinung, wir seien überflüssig, glauben wir uns nötiger als zuvor. Im Jahre 1919 sollen 8 Milliarden für alkoholische Getränke ausgegeben worden sein. Ein derartig zusammengebrochenes Volk wie das deutsche sollte sich stärker disziplinieren und mehr zurückhalten in den Ausgaben für reine Genußmittel. Wir haben den dringenden Wunsch, daß es uns gelingen möge, die deutsche Jugend zu gewinnen für unsere Arbeit gegen die Gefahren des Alkohols.

Es gelangte darauf eine Entschließung zur Annahme, in der gegen die Erhöhung des Gerstenkontingents von 15 auf 30 Proz. mit Rücksicht auf unsere Ernährungslage scharfer Protest erhoben wird.

Den Reigen der Begrüßungen eröffnete Ministerialrat. Geh. Reg.-Rat Dr. Pokrantz, der die Grüße des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt Steegerwald überbrachte.

Arbeitsminister Rückert gab seiner lebhaften Freude Ausdruck, den Kongreß in diesen Räumen versammelt zu sehen, um so mehr, als diese Bestrebungen seiner persönlichen Lebensauffassung seit 20 Jahren entsprächen. Sie hatten große Aufgaben im Frieden, Sie haben noch größere in der Jetztzeit zu erfüllen. Die Aufgabe die sich der Verein gestellt hat, ist eine Arbeit, die eigentlich der Staat zu verrichten hätte. Es ist die Pflicht der Leute am Staatsruder, dafür zu danken. (Lebhafter Beifall.)

Der inzwischen eingetroffene Vertreter der Reichsregierung, Direktor Freund, überbrachte die Wünsche des Reichsministers des Innern. Herzliche Begrüßungsworte fand der Vertreter der Stadt und Vorstand des Karlsruher Fürsorgewesens, Herr Erhardt. Namens des Zentralverbandes gegen den Alkohol sprach Dr. Delbrück-Bremen, der die nächste Hauptversammlung nach der Hansastadt einlud.

Schließlich entbot Ministerialdirektor Fuchs den Willkommen des Badischen Landesverbandes.

Nach Eintritt in die Tagesordnung behandelte der Tübinger Universitätsprofessor Dr. Gaupp in eingehender, sehr instruktiver Weise das Hauptthema „Student und Alkohol". Viktor Bärtle-Allmendingen verbreitete sich über die Bedeutung der gärungslosen Früchteverwertung für die deutsche Nüchternheitsbewegung. Er vertrat als oberstes Grundsatz: Erhaltung der natürlichen Nährwerte. Herstellung von Obst-Dauerwaren! Unter Anlehnung an den Deutschen Verein g. M. g. G. empfehle sich die Gründung eines Reichsausschusses für gärungslose Früchteverwertung.

An die Vorträge schloß sich eine Mitgliederversammlung zur Erledigung des geschäftlichen Teiles.

Der Nachmittag brachte öffentliche Vorträge des Pastors Neetz (Körlin) und Prof. Dr. Trommershausen über die Gasthausreform und Volkshausbewegung.

Den Abschluß des Tages bildete ein gutbesuchter Volksunterhaltungsabend im kleinen Festhallesaal mit musikalischen und literarischen Genüssen.

Oeffentliche Eisenbahnerversammlung

* **Karlsruhe**, 29. Okt.

Auf gestern mittag hatte der deutsche Eisenbahnerverband in den großen Saal der städt. Festhalle eine sehr gut besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung einberufen, in der der Verbandsvorsitzende Scheffel-Berlin über „Der deutsche Eisenbahnerverband und seine Stellung zu den wichtigsten Arbeiter- und Beamtenfragen" referierte. Der gute Besuch der Versammlung bewies, daß die Eisenbahner auch auf dem Damm sind, wenn keine Lohnforderungen auf der Tagesordnung stehen.

Koll. Bürkle eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß es heute gilt, der Oeffentlichkeit zu zeigen, wie es eigentlich im Betriebe und Verkehr der Eisenbahnen steht und wo die Schuld an dem großen Defizit der Eisenbahnen liegt.

Der Referent, Hauptvorstandsmitglied Scheffel-Berlin, mit Händeklatschen begrüßt, behandelt im ersten Teil seines Vortrages den Tarifvertrag. Er gab zuerst einen kleinen Rückblick über die pekuniären Verhältnisse der Eisenbahner zur wilhelminischen Zeit und führte sodann u. a. aus: Dem jetzigen zentralen Lohntarifvertrag unterstehen ca. 700 000 Personen. Wäre es nach dem Wunsche der Organisationsvertreter gegangen, so hätten wir nur 3 Lohnklassen. Unsere Forderung ist nicht nur gescheitert an dem Widerstand der Regierung, sondern auch am Widerstand unserer eigenen Kollegen, denn alle Kategorien geben an, die schwerste Arbeit zu verrichten. Was die Arbeitszeit anbelangt, so ist festzustellen, daß der **deutsche Eisenbahnerverband stets für den Achtstundentag eingetreten ist, alle gegenteiligen Behauptungen sind unwahr.** Wenn der Tarifvertrag auch nicht so mustergültig ausgefallen ist, so ist zu berücksichtigen, daß er etwas Neues darstellt und der Eisenbahnbetrieb viel schwieriger gelagert ist, wie ein Privatbetrieb und Regierung, Verwaltung und nicht zuletzt Arbeitgeber-, Handels- und landwirtschaftliche Kreise dreinreden. Wenn auch verschiedene Kreise die Akkordarbeit als das Allheilmittel betrachten, so sind bei richtiger Untersuchung die Gründe für dieselbe nicht stichhaltig.

Sodann ging Redner zu den aktuellen Fragen über, vor allem **zur Schulden- und Defizitwirtschaft der Eisenbahnen**, an der die angeblich „hohen" Löhne und Gehälter schuldig sein sollen. **Die hohen Gewinne der Industrie, die an den Materialien für die Eisenbahnen erzielt wurden, haben denn Ruin derselben herbeigeführt.** Auch der Krieg mit seinen hohen Ansprüchen an die Eisenbahnen und mit der Vernichtung des Materials haben ihren Teil dazu beigetragen. In den Betrieben der Eisenbahn wird außerdem z. B. mit dem Ankauf von Material usw. nicht so gewirtschaftet, wie es der sparsamen Zeit entsprechen würde. Vorher wurde nicht genügend Material gekauft, jetzt aber, nachdem es unerschwinglich teuer ist, wird Material in Hülle und Fülle eingekauft und Millionen von Mark werden dadurch verplempert. Auch die Firmen, die für die Eisenbahn arbeiten, zahlen überaus hohe Dividenden aus. Die angekündigte **Entlassung von 80 000** Eisenbahnbediensteten läßt sich nicht rechtfertigen, denn der Staat müßte dafür wieder Erwerbslosenunterstützung bezahlen, und die Not so vieler Familien würde gesteigert. Wenn es nicht mehr anders gehen sollte, so muß eben eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und diejenigen entlassen werden, die auch ohne Arbeit im Eisenbahndienst leben können. Aufgabe der Betriebsräte ist es, hier einzugreifen. Anstelle der für die Beamten geplanten Beamtenausschüsse mit ihrem dekorativen Charakter müssen Beamtenräte treten. Es ist Aufgabe des deutschen Eisenbahnerverbandes, der Beamte und Arbeiter umfaßt, für alle einzutreten.

Ein Krebsschaden ist, daß die Beamten so viele Organisationen mit ihren vielerlei Wünschen besitzen. Eine einheitliche freigewerkschaftliche Organisation der Beamten ist notwendig. Die Aussichten für die Beamten sind nicht günstig, was schon aus der Rede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth im Reichstag hervorgeht. Was uns heute nottut, ist vor allem ein Abbau der Preise. In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner die Gründe bekannt, warum der Verband noch nicht eine Erhöhung der Löhne und Gehälter oder eine Teuerungszulage angestrebt hat. Auch auf die Bestrebungen **auf Beseitigung des Achtstundentags und des Streikrechts der Eisenbahner** und ihre Wirkung auf die Arbeiter in der Privatindustrie wies er eindringlich hin und ging sodann auf Sozialisierungsfragen ein. Die heutigen Zustände erfordern ein anderes System, den Sozialismus, dann wird der Arbeiter und Beamte mit größerer Lust arbeiten. Auch bei den Eisenbahnverwaltungen wird das Entgegenkommen immer geringer, ihre Maßnahmen arbeiter- und beamtenfeindlicher. Redner kam sodann auf die bedauerliche Schließung der Schneidemühler Eisenbahnwerkstätte zu sprechen. Die Tat an dem Amtsvorstand ist zu verurteilen, ebenso aber auch die rigorose Entlassung der ganzen Arbeiterschaft. Dagegen muß Front gemacht werden. Verhandlungen mit der Organisation wären am Platze gewesen.

Aufgabe aller muß es sein, daß die Einheit, Schlagkraft und Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften erhalten bleibt, dann wird auch wieder die Zeit kommen, wo auch die Arbeiterschaft wieder

aufwärts kommt, denn alles, was Großes geschaffen wurde, ist durch Gemeinschaft errungen worden.

Die über 2½stündigen, von tiefen volkswirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kenntnissen zeugenden Ausführungen fanden den vollen Beifall der Versammlung.

In der Diskussion ging Herr Jakob Trabinger zuerst gegen die „Gewerkschaftsbonzen" und Gewerkschaftsbürokratie los und ließ sodann seine bekannte Phrasenwalze in Funktion treten, er forderte Bildung von politischen Arbeiterräten und lobte die russischen Zustände. Der größte Teil der Anwesenden quittierte die Trabingersche Schlagwörterepistel mit Gelächter. Gauleiter Schneider ging mit Herrn Trabinger ordentlich ins Gericht, was den Anhängern des letzteren sichtlich unangenehm war, denn sie versuchten den Redner durch Pfeifen und Krakeelen am Sprechen zu hindern. Der Redner stellte aber fest, daß unter den Anhängern Trabingers sich Nichteisenbahner befinden und daß hier die Zerstörungsarbeit der kommunistischen Gewerkschaftszelle sich bereits offenbare. Herr Moser assistierte Herrn Trabinger, er wollte aber jedoch nicht recht heraus mit der Sprache. Im Schlußwort, das großen Beifall fand, rechnet der Referent mit Trabinger ordentlich ab, die Stäupung saß, was aus den verlegenen Zwischenrufen Trabingers hervorging. Der Redner zerpflückte mit Geschick die Trabingersche Phraseologie und Schlagwortathletik und stellte fest, daß der Kongreß der Betriebsräte die Bildung politischer Arbeiterräte abgelehnt habe.

Sekretär Bürkle ließ sodann über drei Resolutionen abstimmen, von denen die eine sich mit dem Referat deckt und in der insbesondere gegen die in verschiedenen Tageszeitungen betriebene Hetze gegen die Eisenbahner protestiert wird. Es heißt sodann: „Die Defizitwirtschaft ist die Folge der verbrecherischen Kriegspolitik jener Kreise, die auch jetzt nach dem Kriege durch ihre Wucher- und Schiebergeschäfte den Ruin unserer Volkswirtschaft beschleunigen. Die Ausgaben für Rohstoffe und sonstige Materialien sind um 2—3000 Proz. gegenüber dem Jahre 1914 gestiegen, während die Löhne und Gehälter der Eisenbahnarbeiter und Beamten nur um das fünf- bis sechsfache erhöht worden sind. Soll aber das Personal einigermaßen leistungsfähig erhalten werden, so ist es unbedingt notwendig, daß ihm ein Existenzminimum gewährt wird, was heute keineswegs der Fall ist. Die Versammlung warnt alle diejenigen Kreise, welche glauben, die Geduld der Eisenbahner mißbrauchen zu können, da sie zweifellos die Notlage, die Bedeutung und die Macht des Verkehrspersonals unterschätzen.

In der zweiten Resolution wird gegen die Schließung der Werkstätte in Schneidemühl protestiert. Die Versammelten verurteilen den Angriff auf den Amtsvorstand, sind aber der Ansicht, daß die Bestrafung der Schuldigen genügt hätte, ohne für den Vorfall die gesamte Arbeiterschaft büßen zu lassen.

Die letzte Resolution betrifft die Wiedereinführung der ungeteilten Arbeitszeit, gegen dessen Maßnahmen ebenfalls Protest erhoben wird. Alle Entschließungen fanden einstimmige Annahme und somit Ablehnung des Trabingerschen Antrags auf Bildung von politischen Arbeiterräten.

Mit anfeuernden Worten, nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen die Gewerkschaftszerstörer den Kampf aufzunehmen, schloß Sekretär Bürkle die vierstündige Versammlung.

Jugend und Sport

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Spiele am Sonntag, den 31. Oktober

Klasse A: Hagsfeld — Pforzheim in Hagsfeld, Fr. T. Karlsruhe — Ettlingen in Ettlingen, Durmersheim — Arb.-Sp.-V. Karlsruhe in Karlsruhe, Stein — Grötzingen in Stein, Aue — Singen in Aue.

Klasse B: Unteröwisheim — Wolfartsweier in Unteröwisheim, Eggenstein — Rüppurr in Eggenstein, Bruchsal — Bretten in Bretten, Spöck — Hohenwettersbach in Spöck.

Tabelle Klasse A

	Spiele	gew.	verl.	unentsch.	Punkte
Aue	7	5	—	2	12
Stein	7	4	—	3	11
Fr. T. Karlsruhe	7	4	1	2	10
Hagsfeld	6	4	1	1	9
Singen	7	3	3	1	7
Pforzheim	6	3	3	—	6
Durmersheim	7	2	4	1	5
Arb.-Sp.-V. Karlsruhe	7	2	5	—	4
Ettlingen	7	2	5	—	4
Grötzingen	7	—	7	—	—

Bezirksspielleiter: G. Gärtner.

Letzte Nachrichten

Umtriebe der Escherische

Wie dem „Berl. Lok.-Anz." aus Dresden gemeldet wird, hat der Minister des Innern zwei Offiziere der Landessicherheitspolizei sofort entlassen, weil sie angeblich mit der Organisation Escherich in Chemnitz in Verbindung stehen. Die Untersuchung geht weiter und richtet sich anscheinend auch gegen General Senfft v. Filsack.

Ein Dringlichkeitsantrag in der bayerischen Kammer

WTB. München, 28. Okt. In der heutigen Vollsitzung des bayerischen Landtags wurde ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem gegen Organe der Polizeidirektion München der Vorwurf erhoben wird, daß sie eine Organisation gebildet haben, die sich zur Aufgabe stellte, Menschen gewaltsam zu beseitigen. Beweismaterial und Zeugen ständen zur Verfügung. Der Landtag erklärte sich mit der sofortigen Behandlung des Antrags im Haushaltsausschuß einverstanden.

WTB. München, 29. Okt. Im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtags wurde gestern der bereits mitgeteilte Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten verhandelt. Abg. Timm (Soz.) erstattete zu der Angelegenheit einen eingehenden Bericht. Staatssekretär Dr. Schweyer erklärte, daß der Regierung von der ganzen Angelegenheit nichts bekannt sei. Die Regierung werde eine beschleunigte Untersuchung durchführen und dem Landtag Bericht erstatten. Darauf nahm der Ausschuß den Vorschlag Timms an, daß die heutige Plenarversammlung einen paritätischen Untersuchungsausschuß einsetzen soll, in dem jede Partei mit einem Angehörigen vertreten ist.

Der tote Bürgermeister von Cork

WTB. Amsterdam, 28. Okt. Der „Telegraaf" meldet aus London, daß der Minister des Innern auf das Ansuchen der Angehörigen gestattet habe, daß die Leiche des Bürgermeisters Mac Swiney nach Cork übergeführt werde. Gestern abend wurde die Leiche nach der Kathedrale gebracht, vor der sich eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Als der Sarg in die Kirche getragen wurde, küßten Frauen das Bahrtuch.

Neue Forderungen der englischen Bergleute?

Berlin, 28. Okt. (Privattelegramm.) Der englische Bergarbeiterstreik tritt nach einer Londoner Nachricht der Nationalzeitung in eine neue Phase, indem die Vertreter der ausständigen Arbeiterschaft gestern neue Forderungen in Form eines neuen großen Anteils am Gewinn aufstellten, und zwar unmittelbar vor Abschluß der angekündigten Verständigung. Die englische Regierung will diese Forderung nicht annehmen. Eine Kabinettssitzung ist auf heute Donnerstag, vormittag anberaumt worden. Am Nachmittag wird eine neue Konferenz mit den Arbeitervertretern stattfinden.

Berlin, 28. Okt. Polizeibeamte fanden heute morgen in Berlin auf der Straße einen großen Ballen Stoff im Werte von 600 000 M, der wahrscheinlich von einem Einbruchsdiebstahl herrührt. Der Besitzer konnte bisher nicht ermittelt werden.

Königsberg, 28. Okt. Das Wasserflugzeug D 43, das den Probeflug Königsberg—Riga und zurück erfolgreich erledigte und heute nach Warnemünde weiterfliegen wollte, ist von der Ententekommission festgehalten worden mit der Begründung, daß es sich um ein Militärflugzeug handle. Die Deutsche Luftreederei wandte sich sofort beschwerdeführend an die Reichsregierung.

WTB. Paris, 28. Okt. Nach den Morgenblättern sind in Clermont-Ferrand in 500 Meter Tiefe Petroleumquellen erbohrt worden.

London, 29. Okt. Sylvia Pankhurst ist wegen eines Artikels in ihrer Zeitung, in dem die Matrosen zum Ungehorsam aufgefordert werden, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Valuta-Bericht vom 28. Oktober

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 8.50 Cts. Auszahlung Holland etwa 22.85 M per holl. Guld. Schweiz etwa 11.76 per schw. Fr. England etwa 262 per Pfd. Sterl. Frankreich etwa 4.72 M per frz. Fr. Neuyork etwa 75 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 29. Oktober 1920

Das östliche Hochdruckgebiet beherrscht immer noch die Witterung von ganz Europa, hat sich sogar noch etwas verstärkt. Bei östlichen Winden herrscht heiteres Wetter mit Nachtfrösten. Eine wesentliche Aenderung steht auch für morgen noch nicht in Aussicht.

Voraussichtliche Witterung bis Samstag, 30. Okt., nachts: Heiter, trocken, Nachtfrost, am Tage ziemlich mild.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 68 Ztm., gef. 8, Kehl 172, gef. 6, Maxau 335, gef. 2, Mannheim 218, gef. 3.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Samstag, den 30. Okt., abends ½8 Uhr, im „Gambrinus" Vorturnersitzung. Der wichtigen Tagesordnung wegen vollzähliges Erscheinen notwendig. 6131

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Heute abend 8 Uhr Mitgliederversammlung im Schrempp, Saal 3. 6130

Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute ½8 Uhr Festhalle-Probe. Sonntag ½11 Uhr vorm. Abmarsch vom Vereinslokal zur Friedhoffeier. Abends 6 Uhr im Vereinslokal Sängerehrung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. 6128

Restaurant und Kaffee Zum Moninger

Die Wieder-Eröffnung des Kaffees im ersten Obergeschoß des Moninger Hauses am Samstag, den 30. Oktober dieses Jahres nachmittags, zeigt ergebenst an

Franz Pohl, „Zum Moninger"

Aufgang zum Kaffee von der Karlstrasse aus

6121

Diplomat-Schreibtische

Buchen, m. Rolladen und Türen, gebeizt und hell mattiert, hat sofort lieferbar:

Schreinerei Schmidt, Mörscherstr. 8, Grünwinkel.

NB. Empfehle mich dem geehrten Publikum zur Anfertigung von Einzelmöbeln sowie ganzer Einrichtungen. 5616

Bringe Samstag sowie jeden Tag

prima Pferdefleisch

und

frische Wurst

zum Verkauf. 6122

Filiale Augartenstraße 49

Theo Gramlich.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund".

Durlacher Anzeigen.

Sängerbund „Vorwärts" Durlach.

Sonntag, 31. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im Gasthaus „Zum Lamm" eine

Familien-Unterhaltung mit Tanz

statt, wozu wir unsere werten Mitglieder nebst Angehörigen sangesfreundlichst einladen. 6132

Der Vorstand.

Kohlen-Ausgabe.

Die bei Johann Kraub Wwe. eingetragenen Kunden Nr. 1—350 können am Samstag, 30. Oktober, von nachmittags 1 Uhr ab, 1 Zentner Stückkohlen zum Preise von 20 Mk. 70 Pfg. je Zentner und 2 Zentner Braunkohlenbriketts zum Preise von 16 Mk. 70 Pfg. je Zentner ab neues Lager, Pfinzstraße, erhalten. — Zufuhr vors Haus 80 Pfg., frei Keller 1.30 Mk. mehr.

Durlach, den 29. Oktober 1920. 2941

Ortskohlenstelle.

Ich zahle

f. Kaninchen- u. Hasenfelle pro Stück 4 Mk., zerriss. wollene Socken und Lumpen pro kg 10 Mk., Alt-Messing 5 Mk., Kupfer u. Rotguß 11 Mk., Blei u. Zink 3.50 Mk. pro kg 6089

F. Knopf, Geibelstr. 2a. Straßenbahnhaltestelle.

Ausschneiden!

Briefl. Ausbildungskurse f.

Maurer und Zimmerer

als Polier, Zeichner, Betonmeister. Lehrpläne kostenfrei. E. Dreicher, Bauführer, Goldschmieden, Post Dt. Lissa. 2940z

Spangen, Stecker und Kämme

werden in drei Tagen repariert. 5897

Institut Elga

Zirkel 25a, Ecke Ritterstr.

Wäsche

aller Art auch Stärk-Wäsch wird zum Waschen und Bügeln angenommen.

Göttesstraße 31, 3. Stock.

Gänselebern

kauft und zahlt höchste Preise 6051

Fa. Wilh. Kaier, Rastatterstraße 14.

Kleider!

Uniformen, Schuhe, Wäsche, Vorhänge u. Federbetten kauft fortwährend zu höchsten Preisen

S. Axelrad 6088

Tel. 3980. Ettlingerstr. 32.

Freie Turnerschaft B.-Baden.

Samstag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Stadt Wien"

Monatsversammlg.

Das Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder ist erforderlich.

6126 Der Turnrat.

Bruchsaler Anzeigen.

Für Bruchsal suchen wir zum 1. November zuverlässige

Zeitungsträgerin

Bewerberinnen wollen sich bei Herrn W. Staiber, Kaiserstraße 42, melden.

Verlag des Volksfreund.

Rastatter Anzeigen.

Soz. Partei Rastatt.

Samstag, den 30. Oktober, abends punkt ½8 Uhr im „Anker" außerordentliche

Mitgliederversammlung

mit Vortrag des Genossen Ziegler-Durlach über das Thema:

„Kapitalistische oder Volkswirtschaft".

Hierzu sind die Mitglieder zu zahlreichem Besuche freundlichst eingeladen. 6117

Der Vorstand.

Lebensmittel-Verteilung

für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November.

I.

1. Auslandsbutter: Heute mittag bei Frl. Walter für die Nr. 1901—3400 gegen Fettkarte Nr. 2, Kopfteil 50 Gr. zu 1.80 M, das Pfund 18 M.

2. Schloßkaffee wird weiter ohne Marken in den bekannten Geschäften abgegeben.

II.

Die Ausgabe der Brot-, Fett- und Zuckerkarten findet statt am Dienstag, 2. November, vorm. von ½9 Uhr bis 12 Uhr für die Nummern 1—1000, nachm. von 3 bis 6 Uhr für die Nummern 1001 bis 2000; am Mittwoch, 3. November, vorm. von ½9 bis 12 Uhr für die Nummern 2001—3000, nachm. von 3 bis 6 Uhr für die Nummern 3001 bis Schluß.

Jedermann hat die Karten, die ihm ausgefolgt werden, sofort nachzuzählen. Spätere Beschwerden, daß jemand seine Karten nicht richtig erhalten habe, werden grundsätzlich abgelehnt.

III.

Krankenbrot betr.: Das Backen von Krankenbrot für die Monate November und Dezember wurde den Bäckereien Reinhard Fütterer, Hildastraße, Ludwig Hauns, Werderstr., Albert Kastel, Fuhrmannstr., zugeteilt.

Im Hinblick darauf, daß der 1. November ein Feiertag ist und die Geschäfte geschlossen sind, werden die jetzigen Krankenbrotbäckereien das Brot bis einschließlich 1. November verabfolgen.

Rastatt, den 28. Oktober 1920. 2935

Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Für Rastatt suchen wir zum 1. November eine zuverlässige

Zeitungsträgerin

Bewerberinnen wollen sich bei Herrn Bernhard Renschler, Schlosserstraße 6, 3. Stock, melden.

Verlag des Volksfreund.

Die Geschäfts-Räume

der unterzeichneten Banken und Bankiers bleiben am

Montag, den 1. November 1920

:-: (Allerheiligen) :-: 6091

geschlossen.

Badische Bank
Ignaz Ellern
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank Filiale Karlsruhe
Heinrich Müller
Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
Strauß & Co.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
Vereinsbank Karlsruhe E. G. m. b. H.

Pferdegestellung in Brandfällen.

Alle Pferdebesitzer werden unter Hinweis auf § 7 Ziffer c der Feuerlöschordnung für die Stadt Karlsruhe hierdurch aufgefordert, **im Falle eines Feueralarms** ihre zur Verfügung stehenden Pferde **nach dem nächstgelegenen Feuerhaus** zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die **ortsübliche Vergütung** gewährt. **Außerdem** werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintreffenden Pferde **besondere Prämien** bezahlt. Diese betragen:

für das erste Pferd . . .	Mk. 7.50
für das erste Paar Pferde	„ 15.—
für das zweite Pferd . . .	„ 5.—
für das zweite Paar Pferde	„ 10.—
für das dritte Pferd . . .	„ 4.—
für das dritte Paar Pferde	„ 8.—
für das vierte Pferd . . .	„ 2.50
für das vierte Paar Pferde	„ 5.—
für das fünfte, sechste, siebente und achte Pferd je . .	„ 2.50

Es werden benötigt:

am Feuerhaus Zirkel 6	5 Paar Pferde
„ „ Hebelstraße 5 . .	5 Paar Pferde
„ „ Leopoldschule . .	2 Paar Pferde
„ „ Nebeniusschule .	2 Paar Pferde
„ „ Mühlburgerschule	3 Paar Pferde

Die Pferdebesitzer machen sich durch Nichtbefolgung dieser Aufforderung nach § 114 Ziffer 4 des Bad. Polizei-Strafgesetzes und der §§ 360[10] und 368 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzes strafbar. 1857

Karlsruhe, im März 1919.

Der Stadtrat.

K.F.C. PHÖNIX
PHÖNIX — ALEMANNIA
Sportplatz Fasanengarten.
Vereinslokal: „Goldener Adler, Karl-Friedrichstraße. (Tel. 2596).

Morgen Samstag, den 30. Oktober, abends 7½ Uhr
Großer bunter Abend
mit nachfolgendem
Tanz
im „Apollotheater" Marienstraße.

Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 6127

Sonntag, den 31. Oktober
Ib und I. Schülermannschaft in Wiesental, Abfahrt 11.50 Uhr.
1½ Uhr V. Mannschaft gegen Baden-Baden IV. 9 u. 10½ Uhr VI. und VII. Mannschaft geg. Rastatter Fußball-Vergg. } im Fasanengarten.
Freitag, 5. November, abends 7½ Uhr
Monats-Versammlung
im „Goldenen Adler".
Berichterstattung über die „Platzfrage".

Karlsruher Fußball-Verein. e. V.
Schirmherr: Prinz Max v. Baden. 6119
Geschäftsstelle: Zirkel 29. Tel. 1193.

Sonntag, 31. Oktober 1920
1. Mannschaft Propaganda-Spiel in Lahr.
A. H. II, VI. u. VII. Mannsch. in Durlach gegen Germania.
I. A. H.-Mannsch. in Mannheim geg. V. f. R.
Abends 5 Uhr im Moninger (Gartensaal)
Familien-Abend
zu dem alle Mitglieder mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundl. eingeladen sind.

Voranzeige!
Samstag, den 6. November 1920 im **Moninger** (Gartensaal)
Monats-Versammlung.

F. C. Frankonia Karlsruhe e.V.
Sportpl. Durlach. Allee
Straßenbahn-Haltestelle am Schlachthof. Lokal und Geschäftsstelle im Schlachthof. Telefon 3637.

Samstag, 30. Oktob., 8 Uhr abends
Spieler-Versammlung
im Lokal.
Sonntag, 31. Oktober I., II., III. Mannsch. in Bruchsal.
Abfahrt III. 10.[15], I u. II. 12[20].
4 Uhr nachmittags
Herbst-Feier mit Tanz
im „Burghof". 6116

Beiertheimer Fußball-Verein e. V. 6025
Sportplatz hinterm Hauptbahnhof.
Samstag, 30. Oktober 1920
Schüler — Mühlburg ¼4 Uhr Mühlb. Platz.
Sonntag, 31. Oktober 1920
Training
sämtl. Mannschaften. Beginn 9 und 2 Uhr.
Abends 7 Uhr im Lokal
Gedenk-Feier
Die Mitglieder nebst Familien-Angehörigen sind freundlichst eingeladen. 6125

Wahl zur evang. Landessynode
III. Wahlkreis,

umfassend die Kirchenbezirke Durlach, Pforzheim-Stadt, Pforzheim-Land, Bretten, Eppingen.

Es wird hiermit zur Kenntnis der Beteiligten gebracht, daß zur Vornahme der auf **Sonntag, 7. November lfd. Js.**, anberaumten Wahl von Abgeordneten zur evang. Landessynode folgende Wahlvorschläge eingereicht und vom Kreiswahlausschuß für gültig erklärt worden sind:

I. Von der kirchlich-positiven Vereinigung:

a) Für die Kirchenbezirke Durlach, Pforzheim-Stadt, Pforzheim-Land:

1. Hermann Haaß, Pfarrer in Pforzheim, 2. Wilhelm Baumann, Hauptlehrer in Durlach, 3. Adolf Hermann, Dekan in Wilferdingen, 4. Otto Maurer, Dekan in Ellmendingen, 5. Ulrich Müller, Goldarbeiter in Pforzheim, 6. Jakob Christian Bischoff, Goldarbeiter in Dietlingen, 7. Friedrich Höflich, Pfarrer in Pforzheim, 8. Emil Hotheiz, Pfarrer in Größingen, 9. Franz Reiff, Sparkassenrechner in Söllingen, 10. August Weber, Kaufmann in Pforzheim, 11. Christian Kölle, Reiseprediger in Brötzingen, 12. Ernst Koch, Kaufmann in Eisingen, 13. Karl Kühnle, Schreinermeister in Weingarten, 14. Dr. Emil Schwaab, Pfarrer in Oeschelbronn.

b) Für den Kirchenbezirk Bretten und Eppingen:

1. Klaus Wurth, Pfarrer in Bretten, 2. Jakob Stupp, Kirchengemeinderat in Ittlingen, 3. Karl Renner, Pfarrer in Heidelsheim, 4. Karl Leonhardt, Hauptlehrer in Eppingen, 5. Dr. Otto Becher, Pfarrer in Menzingen, 6. Heinrich Gauß, Landwirt in Wössingen, 7. Heinrich Hofert, Pfarrer in Schluchtern, 8. Peter Lepp, Bürgermeister in Gochsheim, 9. Friedrich Ott, Ratschreiber in Adelshofen, 10. Wilhelm Lotsch, Bürgermeister in Gondelsheim, 11. Friedrich Kübler, Landwirt in Münzesheim 12. Jakob Burkhard, Bürgermeister in Stebbach, 13. Andreas Dauth II., Landwirt in Zaisenhausen, 14. Friedrich Sorn, Landwirt in Unteröwisheim.

Die Listen I a und b sind verbunden.

II. Von der kirchlich-liberalen Vereinigung:

a) für den Kirchenbezirk Durlach:

1. Heinrich Kübner, Hauptlehrer in Durlach, 2. Johann Haffelder, Oberrevisor in Durlach, 3. Karl Schlehlein, Mechaniker in Durlach, 4. Gottfried Klein, Rektor a. D. in Grötzingen, 5. Julius Leichtlen, Pfarrer in Königsbach, 6. Lydia Schweizer, Ingenieursehefrau in Durlach, 7. Friedrich Ernst, Postsekretär in Königsbach, 8. Christian Zoller, Landwirt in Durlach, 9. Gustav Meier, Obermeister in Durlach, 10. Sophie Protscher, Arztwitwe in Durlach, 11. Ferdinand Heep, Prokurist in Durlach, 12. Friedrich Klenert, Kontrolleur in Durlach, 13. Karl Herrmann, Werkmeister in Aue.

b) Für die Kirchenbezirke Pforzheim-Stadt, Pforzheim-Land:

1. van der Floe Wilhelm, Dekan, Pforzheim, 2. Sexauer Gustav, Oberlehrer, Pforzheim, 3. Becker Karl, Stadtpfarrer, Pforzheim, 4. Gauß Gottlieb, Fabrikant, Pforzheim, 5. Klittich Heinrich, Kirchenältester in Brötzingen, 6. Kling Christof, Bürgermeister, Niefern, 7. Dr. Fath Fritz, Direktor der Höheren Mädchenschule, Pforzheim, 8. Schückle Karl Adolf, Schreinermeister, Eutingen, 9. Christ Philipp, Pfarrer, Brötzingen, 10. Haug Ernst August, Altbürgermeister, Dillweißenstein, 11. Britsch Christof, Kirchenältester, Büchenbronn, 12. Bothner Karl, Bäckermeister, Pforzheim, 13. Willareth Adolf, Direktor der Handelsschule, Pforzheim, 14. Schmidt Heinrich, Fabrikant, Pforzheim.

c) Für die Kirchenbezirke Bretten, Eppingen:

1. Kirchengemeinderat Fabrikant Ernst Reutenmüller, Bretten, 2. Friedrich Dörr, Pfarrer in Richen, 3. Karl Huber, Landwirt, Elsenz, 4. Bruno Goldschmidt, Pfarrer, Rinklingen, 5. Wilhelm Geiger, Landwirt, Berwangen, 6. Friedrich Vogler, Maschinist, Bretten, 7. Christof Britsch, Oberlehrer, Sulzfeld, 8. Ernst Rickwolf, Kaufmann, Rinklingen, 9. Johann Bechdolf, Landwirt, Gemmingen, 10. Georg Bopp, Postsekretär, Gondelsheim, 11. Hermann Schenk, Landwirtschaftsinspektor, Eppingen, 12. Karl Heinrich Stöckle, Schreinermeister, Wössingen, 13. K. Kölle, Pfarrer, Mühlbach.

Die Listen II a, b und c sind verbunden.

III. Vom badischen Volkskirchenbund und dem Bund evangelischer Sozialisten:

1. Dr. Dietrich Heinrich, Professor, Karlsruhe, 2. Heck Philipp, Oberlehrer, Pforzheim, 3. Knecht Luise, Stadträtin, Durlach, 4. Schünfele Gustav, Hauptlehrer, Dietlingen, 5. Bitschenauer Friedrich, Werkmeister, Durlach, 6. Gaugler Gottlob, Oberlehrer, Grünwettersbach, 7. Kurz Friedrich, Werkschreiber, Grötzingen, 8. Munding Luise, Ehefrau, Bretten, 9. Wolf Georg, Gemeinderat, Heidelsheim, 10. Käser Karl, Maurer, Berghausen, 11. Langendörfer Wilhelm, Schreinermeister, Weingarten, 12. Reinmuth Edmund, Schulinspektor, Pforzheim.

Pforzheim, den 22. Oktober 1920.

Der Kreiswahlleiter des III. Wahlkreises:
van der Floe, Dekan.

V. f. B. Südstadt 1896. (E. V.)
Sportplatz beim Städt. Wasserwerk.
Sonntag den 31. Okt.
Herbstfeier
im Saale der Wirtschaft zur „Bavaria", Ecke Hirsch- u. Amalienstraße.
6129 Der Vorstand.

Gänselebern
werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
K. Möser.
Kreuzstraße 20, II. Stock.

Gänselebern
werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angekauft.
G. Meeß, geb. Stürmer
Erbprinzenstr. 21, II. St.

Platin 5960
Alt-Gold — Silber — Brennstifte — Zähne
Gebisse
kauft zu gewerblichen Zwecken. Höchste Preise.
W. Jung, Kaiserstr. 9. 1 Treppe. Nur von ½9 bis ½12, ½2 bis ½6 Uhr. Telephon 4104.

Altes Gold, Silber, Platin und solche Gegenstände zahlt am höchsten 5961
Wilde, Uhrm., Kreuzstr. 16

Hasen-Kanin- u. a. Felle werden stets angekauft. Zähringerstr. 50. Tel. 2051. Karabanoff.

Diwans 6733
neue, billig zu verkaufen.
R. Köhler, Schützenstr. 25.

Kaute
getrag. Kleider, Schuhe, Weißzeug, Möbel aller Art, zu reellen Preisen.
A. Schap, 6108
67 Kaiserstraße 67. (Eingang Waldhornstr.)

Ich kaufe
fortwährend zu den besten Tagespreisen getr. Kleider Schuhe, Wäsche usw. 5751
Karabanoff, Zähringerstraße 50. Telephon 2051.

Mandolinen Gitarren und 5006 **Lauten**
kauft fortwährend
Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft
52 Kronenstr. 52.

Badisches Landestheater.

Freitag, den 29. Oktober 1920. 2939

Fidelio. (Beethoven-Film).

Anfang 7 Uhr. (M 14.40.) Ende geg. 10 Uhr.

Im Landestheater. **Spielplan v. 30. Okt. b. 9. Nov.** Sa. 30. zum erstenmal: *„Neunzehnhundertneunzehn!" 7 (9.30). - So. 31., nachm. 2 Uhr „Dornröschen" (4.50, 1.—), abends ½7 Uhr „Der Troubadour" (14.40) — Mo. 1. Nov. *„Der Evangelimann" 6½ (12.—) Die 2. *„Romeo und Julia" 6½ (9.30). — Mi. 3., nachm. 2 Uhr „Dornröschen" (4.50, 1.—), abends 7 Uhr *„Neunzehnhundertneunzehn!" (9.30). — Do 4. *„Egmont" 6½ (12.-). *Sa. 6. *„Neunzehnhundertneunzehn!" 7 (9.30). — So. 7. „Die Meistersinger von Nürnberg" 4½ (17.) — Mo. 8. Volksbühne E 3 „Zar und Zimmermann" 7. — Die. 9. „Russisches Ballet", Jnjia Zarifah mit eigenem Balalaika-Orchester 7 (14.40).

Im Konzerthaus. So. 31. *„Bunter Abend" 6½ (9.70). Fr. 5. Volksbühne F 2 „Der Bibliothekar" 7. — So. 7., nachm. 2 Uhr, „Dornröschen" (4.50), abends 6½ *„Bunter Abend" (9.70). — Mo. 8. „Russisches Ballet", „Jnjia Zarifah mit eigenem Balalaika-Orchester 7 (14.—).

In der Festhalle. Die 2. I. Volks-Sinfoniekonzert 7½ (5.—, 4.—, 3.).

Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 30. Oktober, nachmittags ¼4 bis 5 Uhr (nördlich vom Hauptgebäude), allgemeiner Vorverkauf von Dienstag, den 2. November.

Naturheilverein Karlsruhe E. V.
Oeffentlicher Vortrag
am Freitag, den 29. Oktober 1920 abends halb 8 Uhr 6096
im großen Rathaussaale
Emil Peters
Schriftsteller aus Berlin
spricht über
„Menschen in der Ehe".
Aus dem Inhalt:
Liebe und Ehe. Vom Einssein in der Ehe. Das Geschlechtliche. Treue und Untreue. Vom Auseinandergehen. Verratene Liebe. Von Frauenreizen in d. Ehe. Die Eifersucht, Vom Arbeiten und Sparen.
Eintrittspreise: Mitglieder Mark 1.15, Nichtmitglieder Mk. 2.25 einschl. Steuer.
Die Mitglieder werden gebeten, das Mitgliedsbuch mitzubringen.

Felle u. Pelze 5879 werden in fachgemäß. Ausführung gereinigt. Färberei **D. Lasch** Tel. 1953. Filial i. all. Stadtteilen.

Resten-Verkauf
neu eingegangener solider
Herren-Stoffe, 140 cm breit
auch für Damenkostüme geeignet, in verschiedenen Dessins u. Farben.
Serie I 3,20 Mtr. . M 180.— der Coupon
Serie II 3,20 Mtr. . M 200.— „
Serie III 3,20 Mtr. . M 215.— „
Serie IV 3,20 Mtr. . M 250.— „
ferner
Hosenstreifen, Marengo und Mantelstoffe
Herren-Ulster
in verschiedenen Preislagen.
L. Brotz
Marienstraße 18, pt. Kein Laden.
Telephon 3950. 6118

Hüte Mützen Schirme Stöcke
Theodor **Zenker** Kaiserstr. 61 gegenüb. der Hochschule
Sport-Artikel Umformen alter Hüte
Mützenmacherei Hutmacherei

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichtert. Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
3728 Karlsruhe
Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8—12, nachmittags von 2—6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Hand-Käse
nur Ia feinste Ware
Stück Mk. —.65
in Kistchen à 60 Stück Mk. 35.—
Ferner empfehle feinste
Tilsiter-Käse
Schweizer-Käse
Gouda-Käse
Camenbert-Käse
sowie
diverse weitere Käsesorten
in nur guter Qualität. 6124
W. Kloster
Tel. 1837. Waldstr. 61. (Ludwigsplatz).

Pferdefleisch-Verkauf.
Empfehle von heute ab
prima junges fettes
Pferdefleisch
sowie 6123
frische u. geräucherte Wurstwaren.
Pferdemetzger Schmidt
Durlacherstr. 59. Telephon 3281.